

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Mundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal aus der Redaktion der „Volkswacht“: Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Postanstalt der „Volkswacht“: Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expedition: Hauptstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros. — Bezugspreis im voraus für ein Viertel wöchentlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Vorleser und Hauptgeschäftsführer: Dresden 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 3142. Postfach-Konto: Postfach-Nr. Dresden Nr. 5552.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 10 Zeilen 10 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Beschlüsse und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen 5 Pf., das feste Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Deutschnationale Doppelzüngigkeit.

Die deutschnationale Fraktion macht Vorbehalte gegen Locarno — die deutschnationalen Minister billigen den Vertrag.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Freitag unter Vorsitz des Abgeordneten Hertig (Dnat.) zusammen, um die politische Lage zu beraten, die durch die Verhandlungen von Locarno geschaffen worden ist. Das Reichsamt war vertreten durch Reichsanwalt Dr. Luther sowie die Reichsminister Dr. Stresemann, Schiele, Brauns, Lieben, Graf Ranig, Neuhaus und Grenen. Einleitend gab Reichsambassadur Dr. Stresemann ausführliche Darstellung der in Locarno erreichten Resultate. Die Diskussion wurde alsdann durch den Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Graf Westarp, eröffnet. Am Ende seiner Ausführungen verlas Graf Westarp folgende Erklärung:

Die deutschnationale Reichstagsfraktion vermag in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen zu sehen, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen. Die Fraktion vermisst außerdem die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragsschluss sowie die Gegenleistungen der anderen Vertragsparteien, die den Deutschen angemessenen Opfern entsprechen. Deshalb dieses Ergebnisses erklärt die deutschnationale Reichstagsfraktion schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen wird, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht entspricht und den Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht enthält.

Als nächster Redner folgte Genosse Breitfeld. Er sprach nach unseren Informationen erklärt haben, daß die Sozialistische Partei den Regierungsparteien die Verantwortung für das Scheitern des Vertrages nicht abnehmen könne und nur dann für die Zustimmung werde, wenn auch alle Regierungsparteien ihren Anteil an der Verantwortung übernehmen. Anschließend erörterte Ministerialdirektor Claus die Haltung der Deutschnationalen. In der Rede des Ministerialdirektors sprachen dann noch die Abgeordneten Claus (Ztr.), Dr. Schütz (D. Sp.), Schaeffer (Komm.) und Koch (Dem.).

In seiner Erwiderung erklärte der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, auf mehrfache Fragen unter anderem, daß der Westpakt, wie sich aus der Fassung des Artikels 1 aus der gesamten Konstitution des Vertrages ergebe, nichts anderes als den Verzicht auf Angriffskriege und aggressive Handlungen. Der Pakt behalte deshalb in seiner Weise die Selbstbestimmungsrechte der Völker und jede friedliche Einigung. — Es sprachen dann noch die Abgeordneten Dr. Westarp (Ztr.), Graf Lerchenfeld (Bayr. Sp.) und Graf Hlow (Dnt.).

Sie würden wortbrüchig werden, wenn sie anders handeln wollten; neue Verhandlungen würden gar nicht zustandekommen, schon das offiziell geäußerte Verlangen nach ihnen würde alles zerbrechen.

Tatsächlich denken Luther und Stresemann nicht einmal im Traume daran, der unsinnigen Forderung der Deutschnationalen nachzugeben. Sie lehnen sie ab und befinden sich damit wiederum im Einklang mit den deutschnationalen Ministern Schiele, Schlieben, Neuhaus und Ranig! Es sind eben nur Sündenbockforderungen, dazu bestimmt, denen, die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen. „Man so duhn“, sagt man in Berlin.

Wenn die Deutschnationalen schließlich doch für Locarno stimmen werden, dann sollte, denken wir, nicht für alle, aber doch für Millionen der Zeitpunkt gekommen sein, an dem sie anfangen zu begreifen!

Will Stresemann das nicht wahr haben?

Der Reichsaussenminister hat am Donnerstag im Auswärtigen Ausschuss nach dem amtlichen Bericht zur Beruhigung der Deutschnationalen Fraktion erklärt, daß der Westpakt nichts anderes enthält, als den Verzicht auf Angriffskriege und aggressive Gewaltanwendung. Das mag die Auffassung des Herrn Stresemann sein. Der Wortlaut des fraglichen Artikels 1 besagt etwas mehr. Er lautet:

„Die hohen vertragsschließenden Teile garantieren jeder für sich und insgesamt in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Verfallenes am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind.“

Es handelt sich also nicht lediglich um einen Verzicht auf Angriffskriege und aggressive Gewaltanwendung, wie Herr Stresemann sagt, sondern gleichzeitig um die Verpflichtung, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen, wie sie in Verfallenes oder in Ausführung des Verfallenen Vertrages festgesetzt worden sind.

Der Landbund will seine Abstimmung teuer verkaufen.

Jedesmal, wenn die Entscheidung über Fragen der auswärtigen Politik unter deutschnationaler Mitwirkung bevorsteht, droht der Landwirtschaft angeblich eine Katastrophe. Für den Dawes-Plan hat man so die Agrarzölle erhalten, und dieser Erfolg ruft nun an. Jetzt, wo die Entscheidung über den Sicherheitspakt bevorsteht, leitet der Reichslandbund unter dem Schlagwort „Bauer in Not“ einen Propagandafeldzug ein, der neue Subventionen des Reiches für die Landwirtschaft erreichen soll. Die Agrarier wollen die von ihnen ausgenommenen Kredite nicht zurückzahlen und verlangen außerdem Steuernachlässe. Der Reichslandbund hat nun an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Reichskanzler das Zeugnis ausstellt, es habe gegenüber der Wirtschaftskrise versagt, und in dem er verlangt, man solle einen besonderen Ausschuss zur Linderung der Not der Landwirtschaft einsetzen.

Das ganze Manöver ist durchsichtig. Die Deutschnationalen können nicht mehr ableugnen, daß der Pakt von Locarno unter Mitwirkung ihrer Regierungsvorteiler zustande gekommen ist. Die reaktionäre Demagogie rächt sich jetzt, und es ist daher ein gutes Mittel zur Bekämpfung der Opposition in den eigenen Reihen, wenn man jetzt der Groß-Landwirtschaft Zugeständnisse macht. Das Geschäft ist noch immer dankbar gewesen, und es befähigt sich, was in dem von einem Landwirtschaftlichen Verein in Ostpreußen gelungenen Liebe als neue Lebensweisheit der Großagrarier angepriesen wird:

Und drohen auch Gesetz und Staat,
Der Landwirt weiß sich immer Rat:
Man ist doch heut nicht mehr so dumm,
Geht's vorne nicht, geht's hinten rum!

Die tschechischen Reaktionen gegen Locarno

Prag, 22. Oktober. (Eigener Nachbericht.) Abschließend wie die Deutschnationalen im Reich nehmen auch die Tschechischen Nationalen eine ablehnende Haltung gegen das Vertragswerk von Locarno ein. In einer öffentlichen Versammlung machte der Führer der Tschechischen Nationaldemokratischen Partei, Dr. Kramarisch, schwere Ausfälle gegen die Außenpolitik von Dr. Beneš, dem er die Verantwortung für die Niederlage von Locarno zuschrieb. Die Abmachungen von Locarno bedeuteten einen Sieg Deutschlands. Die tschechische Außenpolitik dürfe nicht Deutschland nachlaufen. Durch die Errichtung eines starken tschechischen Reiches im Osten und durch den Sturz der Sozialistischen Regierung könne die Tschechoslowakei zu einer aktiven Orientierung kommen und sich von Deutschland unabhängig machen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Dr. Kramarisch gegen den Positivismus überhaupt, wobei er die Politik der tschechischen Regierung heftig angriff und erklärte, daß er nicht wie vor auf dem Standpunkt des Vertrages von Versailles stehe.

Severing-Mehrheit im Landtag.

Kommunisten und Volkspartei stimmen nicht gegen ihn.

Im Landtag ist gestern die neueste große Affäre gegen Severing, die mit schärfsten Tönen sowohl von den Reichsparteien wie von den Kommunisten eingeleitet worden war, komödiantisch zusammengebrochen. Mit 220 gegen 158 Stimmen wurde das Mißtrauensvotum der Rechten abgelehnt und ein späterer Antrag auf Streichung des Ministergehaltes unseres Genossen fand noch geringere Unterstützung. Die Kommunisten, die in der vorhergehenden Debatte noch veranwortungslos gegen den sozialdemokratischen Innenminister geschimpft hatten, enthielten sich beim Mißtrauensantrag der Stimme. Das bedeutet eine neue Taktik gegenüber ihrer bisherigen ständigen Übung, alle Vorstöße der Rechten gegen das Preußenkabinett glatt zu unterstützen. Aber man würde zu tief schürfen, wenn man in diesem Verhalten die Auswirkung neuer prinzipieller Einsichten der Moskauer Politik suchen wollte. Hat doch die Volkspartei sich zu einem ganz ähnlichen Spiel bekehrt, als sie bei der zweiten Abstimmung, in der die Kommunisten wieder mit der äußersten Rechten gegen Severing stimmten, nun ihrerseits Stimmenthaltung übte! Kommunisten wie Volksparteiler beherrscht offenbar derselbe Beweggrund, nämlich nackte Wahlanfang. Ministerpräsident Genosse Otto Braun hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß Annahme des Mißtrauensvotums preussische Revolution bringen müßte. Angesichts dieser Gefahr ist den Kommunisten die weitere Amtsführung des „Proletariatsmörders“ und der Volkspartei die Fortsetzung des „toten Terrors“ noch lieber und das „Sichem Severing“, dessen Kritiker sich so gegenstandslos und praktisch erledigen, ist wieder einmal gerettet.

Nicht einmal die Zitierung der aus persönlicher Verärgerung entsprungenen Angriffe, die die antedemo-

kratische „Breslauer Zeitung“ kürzlich gegen Severing richtete, hat auf die Volksparteiler und einige mit ihnen schwankend gewordene Wirtschaftsparteiler Eindruck machen können. Die Ausführung dieses „Materials“ aus dem erledigten Fall Renzel blieb dem völkischen Redner vorbehalten! Severing erledigte die Behauptung des Breslauer Blattes, daß er eine wichtige Ernennung in Abwesenheit zuständiger Ministerkollegen gewissermaßen erschlichen habe, mit der Feststellung, das traue ihm wohl niemand zu. Er fand keinen Widerspruch, da die Parteifreunde der „Breslauer Zeitung“ die Unwahrheit der Behauptung ihres Blattes längst von ihren eigenen Ministern bekümmert bekommen hatten.

Angesichts der Gefahren des kommenden Winters bedeutet die neue Bestätigung des verfassungsmäßigen Rückhalts für Severings Amtsführung eine gewisse Entspannung, vor allem gegenüber Befürchtungen, zu denen die Arbeiterchaft Ursache hatte. Auslieferung der inneren Verwaltung an die Rechte, die bereits wirtschaftspolitisch das Heft in der Hand hält, würde zur Folge haben, daß der wirtschaftliche Druck auf die bedrückten Klassen durch Polizeimaßnahmen rücksichtslos weitervergrößert worden wäre. Eine weitere Folge wäre Rückgangsmachung der notwendig begonnenen Demokratisierung der inneren Verwaltung in einem dafür besonders günstigen Zeitpunkt. Die aus finanziellen Gründen erzwungene und von den Reichsparteien aus Kräfte verlangte Zeit des Bauernrechens hätte keine große Fortschritt auf diesen Gebietern bringen. Am ihrem Ansehen wären die Aufgaben, deren Lösung Severing hoffentlich jetzt mit alter Energie in die Hand nimmt. Das Landtag des Landtages schafft wieder für einige Zeit Ruhe in dieser Richtung. Mögen die Maßnahmen der Staat-

Unter der Ueberschrift „Die Einkimmigkeit des Kabinetts“ schreibt die Stresemannsche „Tägliche Mundschau“: Das Reichskabinett hat gestern vor dem Zusammenkommen des Auswärtigen Ausschusses seine Beratungen noch in kurzer Sitzung zum Abschluß gebracht. Die Beratung ist einen Beschluß zu Ende geführt worden, der zwar veröffentlicht worden ist, der aber ganz deutlich erkennen läßt, daß das Kabinett insgesamt auf Boden dessen steht, was in Locarno erreicht ist. Dieser Haltung entsprechend, hat denn auch das Reichsaussenministerium damit beauftragt, die Haltung der Regierung vor den Auswärtigen Ausschuss darzulegen. Es zeigt an dem allem Zweifel, daß die Darlegungen des Außenministers den Standpunkt der Regierung darstellen. Im Anschluß an Ausführungen Dr. Stresemanns stellte auf eine Anfrage Abgeordneter Dr. Breitfeld, Reichsanwalt Dr. Luther, daß Dr. Stresemann in voller Uebereinstimmung mit der Auffassung des Kabinetts stehen habe.

Ballantisch wird mitgeteilt: Die Fassung in dem amtlichen Communiqué über die Danerstagssitzung des Kabinetts, in der nur von der „Stellungnahme“ des Kabinetts gesprochen wurde, hat zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob ein Beschluß des Kabinetts gefaßt worden ist. Es ist tatsächlich mit Einkimmigkeit im Kabinett gefaßt worden, auf Grund dessen im Auswärtigen Ausschuss von den Ministern die Stellungnahme des Kabinetts vertreten worden ist.

Die vorstehende Erklärung ist eine offizielle Bestätigung des deutschnationalen Doppelspiels. Mag sich die Deutschnationale Fraktion jetzt noch so drehen und winden, ihre Minister tragen die Verantwortung für die Fraktion im Kabinett, die Last der Verantwortung auf beiden Schultern!

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Deutschnationalen tun jetzt so, als verlangten sie neue Verhandlungen. Aber, so kindisch sie sind, so kindisch sind sie doch nicht, daß sie neue Verhandlungen für möglich halten könnten. Die Verträge halten, wie sie wissen, die Klausel „no variatur“, das heißt, es darf nichts geändert werden. Luther und Stresemann haben sich in Locarno der anderen Seite gegenüber verpflichtet, für die Verträge, so wie sie sind, einzutreten, wie das Chamberlain, Briand, und andererseits in ihren Ländern gleichfalls tun werden.

demokratischen Tradition zu beschleunigtem Tempo dieser Reformarbeit auch auf Severings bürgerliche Ministerkollegen wirken, deren Zustimmung er bei jeder politischen Personalentscheidung bedarf. Auch sie wollen ja doch alle als Republikaner gelten! — m.

Der Braunschweiger Landtag lehnte gestern die allgemeine Aussprache zum Justizgesetz ab.

Zunächst wurde beschlossen, die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Gaud in Hirschberg in der Sache Heinrich Ellert, eine Begnadigung des Verurteilten herbeizuführen, dem Staatsanwalter zum Ersatz der Kosten zu überweisen. Abg. Fald (Dem.) erklärte, in weiten Kreisen des Volkes habe sich eine große Erregung eingestellt, da das Gefühl aufgefunden sei, daß nicht immer mit gleicher Maßnahme verfahren werde. Wo solche Fälle sich zeigen, müsse mit aller Strenge eingeschritten werden. Der Forderung, an die Stelle des jetzigen Richtertums ein Magistratentum zu setzen, könne seine Partei nicht beitreten. Wir halten an unserer Forderung auf Wiederführung der Schwurgerichte fest. Alle Forderungen der Kommunisten in der Anwesenheitstage können unmöglich Berücksichtigung finden. Was die Forderung auf Beseitigung der Abtreibungsbestimmungen angeht, so halten wir im Interesse des Volkes und der Volksgesundheit grundsätzlich an der Notwendigkeit der Bestrafung fest, wohl aber würden wir Änderungen zu empfehlen sein.

Staatssekretär Heine erklärte: Der Justizminister hat auf Grund der Anregung des hiesigen Ausschusses Schritte getan, um die Amnestie auf alle Fälle auszudehnen, die an sich von dem Amnestiegesetz nicht erfasst werden. Soweit die Verurteilten unter die Amnestie fallen, sind über 15 000 Personen der Vorteile des Gesetzes teilhaftig geworden.

Es wird darauf über das von den Deutschnationalen beantragte

Wirtschaftsamt gegen Severing namentlich abgestimmt. Die Kommunisten geben keine Stimme ab. Die Mehrheit der Wirtschaftlichen Parteiung stimmt für den Wirtschaftsamt, während die Arbeiterpartei gegen die Wirtschaftlichen Parteien abstimmt. Der Präsident verkündet dann als Ergebnis der Abstimmung, daß 394 Stimmenten abgegeben sind, der Landtag also beschlußfähig ist. Für den Wirtschaftsamt sind 158, dagegen 236 Stimmen abgegeben worden. Ferner enthielten sich sechs Abgeordnete der Stimme. Die Ablehnung des Wirtschaftsamt wird von der Linken mit lautem Beifall und Handklopfen aufgenommen.

Zum ersten Titel der dauernden Ausgaben (Ministerbeholdungen) beantragen die Deutschnationalen getrennte Abstimmung über das Ministergehalt.

Abg. Dr. v. Campé (D. Sp.) erklärt, daß dieser Antrag als unzulässig angesehen werden muß, und gibt zur Abstimmung selbst eine Erklärung ab, wonach nach Entscheidung der Deutschen Volkspartei mit der Abstimmung über das Wirtschaftsamt die politische Entscheidung gefallen ist. Es werde deshalb eine Abstimmung über das Gehalt lediglich eine Frage mit genau demselben Resultat sein. Die Deutsche Volkspartei werde sich bei der Abstimmung des Gehalts enthalten und behalte sich die Stellungnahme für die dritte Lesung vor.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten entscheidet der Landtag für Trennung der Abstimmung. Für das Ministergehalt stimmen die Sozialdemokraten, Demokraten, das Zentrum und einige Wirtschaftsparteier. Das Ministergehalt wird bewilligt gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei Stimmhaltung der Deutschen Volkspartei.

Die Aussprache über den Justizetat wird fortgesetzt.

Abg. Kuttner (Soz.) betont, es sei notwendig, daß unsere Rechtspflege keine Populärpolitik mehr betriebe. Selbst ein so rechtsprechender Mann, wie der frühere bayerische Minister Schwegler, habe die bedenkliche Erörterung des Vertrauens in die deutsche Rechtspflege konstatieren müssen. Der Rechtschaffen liegt darin, daß vom Richter in gewissen Kreisen mehr Korrektheit als Rechtsgefühl verlangt werde. Auf diese Art werde mit der richterlichen Unabhängigkeit der schärfste Mißbrauch getrieben. Der Ansturm gegen parlamentarische Untersuchungsanstalten habe mit dem Moment begonnen, wo diese Anstalten auf gewisse Mängel in der Rechtspflege hinweisen und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wurde. Wenn von Seiten der Parteien, die das alte System vertreten, erklärt werde, daß jede Beeinträchtigung der Staatsanwaltschaft durch das Justizministerium ausgeschlossen sei, so liege darin eine ungehörliche Heuchelei.

Der Redner wendet sich dann der Angelegenheit der Staatsanwaltschaftsreform Dr. Caspari und Kuhnmann zu und erklärt, der Untersuchungsanspruch habe ja darüber sein Urteil gefällt und festgestellt, daß die Angriffe der Herren Beamten und Leopold völlig ungeduldig waren, und daß diese unwahren Tatsachen den betreffenden Herren von den beiden Anklägern mitgeteilt worden seien.

Ähnlich hören wir von einem Fremden. Die heutige Rechtsprechung ist ungenügend. Schon der Zusammenstoß solcher fremde androhenden Organisationen muß unter Strafe gestellt werden. Das Reichsgericht Schwarz-Rot-Gold ist ein Jahr später als Eichhorn,

Jungda, als Abwehrinstrument gegründet worden. Der Respekt vor der Justiz muß höher stehen, wenn, wie im Straßburger Prozeß, der Richter einen Reichsbannermann, der auslagert, ein Stahlhelmer habe einen Gummihut hervor gezogen, sofort mit den Worten unterbricht: „Wie können Sie das behaupten? Es kann ja auch eine Fibre gewesen sein.“ (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Beerberg (Dnat.): Diejenigen, die das Magdeburger Urteil angreifen, haben es fast alle nicht gelesen. Das Urteil besagt als nicht widerlegt, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert durch sein Eingreifen in den Munitionsarbeiterstreik dessen politische Folgen abbiegen wollte. (Hört, hört! rechts.) Obgleich nicht das Magdeburger Gericht zum Tatbestand des Landesverrats kommen. (Widerpruch links.) Bei 6000 preussischen Richtern bezagen Einzelfälle nichts.

Abg. Strauß (D. Sp.) wendet sich gegen die verallgemeinernde Angriffe gegen die Rechtsprechung. Die große Mehrheit der preussischen Richter stehe den Zielen des Republikanismus Richterstandes fern.

Abg. Dr. Schwaning (Soz.): Es sei ein Mißgünstiger der Verwaltung, zwei so junge Beamte, wie Kuhnmann und Caspari, mit einer so schwierigen Angelegenheit, wie die Barmer Affäre, zu betrauen. Die Drahtzieher, die die politischen Kinder Kuhnmann und Caspari lenkten, hätten sich natürlich juristisch gegeben. Die Verhandlungen werden darauf auf Freitag vertagt.

Der Landtagswahlkampf in Baden.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Die badischen Wahlen ziehen einen Galaktisch unter die Tätigkeit der seit vielen Jahren bestehenden Weimarer Koalition, die den badischen Freiheit über alle politischen und ökonomischen Stürme hinweggehurt hat. Die Koalition der demokratischen Linken belag bisher im badischen Landtag eine Zweidrittelmehrheit bei folgender Zusammenlegung: 34 Zentrum, 21 Sozialdemokraten und 7 Demokraten. Außerdem gehörten dem Landtag an: 5 Volksparteier, 7 Landvolksler, 2 Deutschnationaler, 2 Wirtschaftsparteier und 2 Kommunisten. Durch irgendwelche Mandatsverteilung dürfte die Zweidrittelmehrheit nicht wesentlich erschüttert werden. Es ist jedoch noch nicht ganz klar, ob ihr Gelegenheit gegeben wird, auch in der kommenden Legislaturperiode des Landtages wieder in Erscheinung zu treten. Das Jünglein an der Spitze bildet in Baden die Zentrumspartei. Sie umfaßt den überwiegenden Teil der Kleinbauernschaft bzw. des Kleinbauernums und ist in ihrem Kern durchaus demokratisch. Das hat erst kürzlich der Offenburger Parteitag gezeigt. Immerhin aber darf man die letzten Endes entscheidenden politischen Faktoren der badischen Zentrumorganisation nicht vergessen. Ihr Exponent ist nicht Josef Rühl, sondern der Prälat Schöfer. Auch er hat sich auf dem Offenburger Parteitag zu dem Willen der Zentrumsmassen bekannt und an die Seite von Rühl gestellt. Das aber hat ihn nicht hindern können, den Wahlkampf ohne Bindung an die Koalition zu führen, und zwar mit dem Ziel, sich für die Zukunft alle taktischen Möglichkeiten offen zu halten. Deutsche Volkspartei und Deutschnationaler, die mit dem Landtag vereint unter der Firma „Rechtsblock“ den Wahlkampf führten, ertraben den Rechtsblock, der aber, selbst wenn die maßgebenden Zentrumsinflüsse dazu auch nur vorübergehend die Hand bieten wollen, bei den Wahlen zweifellos auf hartem Widerstand stoßen wird.

Die Sozialdemokratische Partei Badens ist in den letzten Jahren auch in weite Kreise des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft eingedrungen. Sie hat in diesem Wahlkampf das letzte aus sich herausgegeben, sie hat ihren auf dem Gebiete der badischen Verwaltung bewährten Führer, den Genossen Kemmle, seit Wochen nahezu täglich zu den Wählern sprechen lassen, um sowohl dem Zentrum als auch den Rechtsparteien die Vorteile der Wahl zwischen Rechtskoalition und Konfessionslose zu erklären. Andere badische Partei kann mit vollem Recht auf eine hebenjähige fröhliche Anteilnahme an der muster-gültigen Verwirklichung eines deutschen Staates hinweisen. Die badische Polizei hat auf dem Polizeitag von Mannheim bewiesen, daß sie unter Führung eines Sozialdemokraten und Republikaners Musterleistungen zu erzielen wußte. Die innere Verwaltung, die von Kemmle vereinfacht und zu höchster Arbeitsleistung und Einsparung gebracht worden ist, bedeutet die beste Empfehlung für diese selbstwählende, in Baden geleitete sozialdemokratische Arbeit. Der Ausschlag der badischen Wahlen wird als Stimmungsbarometer auch für die Reichspolitik bedeutsam sein.

Aleine Auslandsnachrichten.

Die französische Sozialistische Kammergruppe hat beschlossen, eine Interpellation über die Finanzpolitik einzubringen. Vincent Auriant und Leon Blum werden die Interpellation beantragen. Die Gruppe wird die bürgerliche Erörterung vor der Abstimmung über irgend ein Finanzprojekt fordern.

Genosse Gog im Zusammenhang gegen die Sowjetregierung. Der Vordand der Reichspartei der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Kommunisten) ist aus höherer Quelle die Nachricht zugekommen, daß der Sozialrevolutionäre Führer Gog, der im Juni 1922 bei dem bekannten Prozeß gegen die Parteimitglieder der Sowjetunion zum Tode verurteilt worden war, später bedingt zu Gefängnis begnadigt wurde, in den Hungerstreik getreten ist. Gog war vor längerer Zeit bereits wieder auf freien Fuß

gelassen, jedoch aber wegen seines bekannten Prozeßverlaufs in Baden abermals eingekerkert worden. Unklarheit über seine Wiedererlassung kämpfend, hat Gog nun zu dem zweifelhaften Mittel des Hungerstreiks gegriffen und befindet sich bereits in kritischer Lage. Wir sind gespannt, wie die Bolschewisten, die laut Jeter und Warden schreiben, die bürgerliche Regierungen in Europa einen in den Hungerstreik getretenen kommunistischen Gefangenen nicht loslassen, in einem ähnlichen Falle verhalten werden, der eine eigene Regierung betrifft.

Anträge zum Schulzwang in Sowjet-Rußland. Der gemeinsame Schulzwang in Sowjet-Rußland einführt. Danach steht für alle Kinder von 8 bis 11 Jahren der Besuch der sogenannten Arbeiterschule unentgeltlich und obligatorisch fest.

Die Unterdrückung der deutschen Presse im Ausland. Nachdem der italienische Präjekt von Bozen die Zeitung „L'Espresso“ wegen ihrer Verteidigung des Deutschtums verboten zu stellen, ist auch die „Basener Nachrichten“ nach Wien verbannt worden. Die „Basener Nachrichten“ sind in Wien verboten. Die „Basener Nachrichten“ sind in Wien verboten. Die „Basener Nachrichten“ sind in Wien verboten.

Die Wollfrage vor dem Schiedsgericht. Der englische Funktionär meldet: Der Internationale Gerichtshof in Haag, der von dem Völkerbundrat um die Entscheidung britisch-französischer Grenzstreitigkeiten im Haag angerufen worden, hat am Donnerstag keine Prüfung über die rechtlichen Grundlagen begonnen.

Der griechisch-bulgarische Zwischenfall. In Athen haben englische und französische Gesandte Schritte unternommen, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Dem Griechentum hat ursprünglich mit 48 Stunden befristetes Ultimatum insofern geändert, als möglichst baldige Antwort verlangt wird. Übrigen widersprechen sich die Nachrichten, weil zwar in Athen immer noch von der Besetzung einiger bulgarischer Ortsteile wird, andererseits aber schon behauptet wird, die Transaktion zwischen den bulgarischen Grenzen sei zum Stillstand gekommen. Der englische und französische Einpruch in Athen seitiger Gläubiger und Zollkontrolleure Griechentums sind.

Ein Freundschaftsvertrag zwischen Bulgarien und der Türkei wurde unterzeichnet.

Kein scheidlicher Elbe-Oberkanal. Die maßgebenden österreichischen Kreise haben von dem Projekt eines Elbe-Oberkanals, laut „Sächs. N.-Korr.“, als unrentabel Abstand genommen.

Eine Internationale der Judenräte. In Budapest hat viel beachtete Zusammenkunft antijüdischer Politiker stattgefunden. An der unter anderen der Führer der ungarischen „Majdanpöster“, Tibor Csorbaty, der rumänische Universitätsprofessor Guza aus Bukarest, der Führer der österreichischen Monarchisten Seltschonsky Schlager-Gardescu und der deutsche nationalsozialistische Staatsrat A. D. Teufel teilgenommen. Wie verlautet, soll im kommenden Frühjahr in Budapest eine internationale Antijüdenkongress veranstaltet werden.

Die Lage in Marokko. Das englische Büro Reuters aus Gibraltar, das trotz der jüngsten Erfolge der französischen und spanischen Streitkräfte die von dort eintreffenden Nachrichten darauf hinzudeuten scheinen, daß sich immer noch Fälle, die als „bebauende Vorkommnisse“ (i) bezeichnete, ereignen, die nicht in den offiziellen Communiqués in Erscheinung treten. Es scheint sogar, daß gegenwärtig die Lage der Spanier in Melilla und die Lage der Franzosen an der Front vielleicht nicht ganz sicher sei. Wie es heißt, hätten die Franzosen am letzten Sonntag vier Batterien nach einem entschlossenen Angriff der Rifleute verloren. Unterstützung spanischer Flieger seien dann drei Geschosse von Franzosen zurückgenommen worden. Es sei ferner ein Bericht gegangen, der besage, daß in derselben Nacht ein spanischer Spion bei Alhucemas von Rifkämpfern, die die Uniform der spanischen Eingeborenen trugen, angegriffen worden sei. Die Befragung des Südpunktes, die der Fremden Legion gehört hatte, habe gerade ein Konzert veranstaltet, und sei das vollkommen übertrifft und mit Ausnahme des Kommandanten eines Leutnants, gefangen genommen worden. Die Rifler warten zweifellos auf starken Ostwind, der die Unterdrückung der Seeleitung her verhindern würde, und auf das Einsetzen Regens, bevor sie zum Angriff auf Alhucemas schreiten würden. Als Beweis für eine von den Spaniern geleitete Genieur-Jäger-Unternehmung an, daß in Ceuta erst jetzt die Nachricht von Besichtigung Tetuans durch die Rifler bekannt geworden, bisher habe man sie unterdrückt.

Die chinesischen Wärsen. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Truppen Chiang-Kai-Schick sich nordwärts zurückziehen werden sich wahrscheinlich bei Tientsin wieder vereinigen. Von den Streitkräften der Kuomintang sollen 7000 Mann von den Truppen des Generals Tschang gefangen genommen worden sein. Wu Pei Fu erklärt, daß alle 18 Provinzen, mit Ausnahme der Landesstelle Hunan, Kansu, Szechuan und Sichuan, die Sowjet unterstützen, und die Stärke der Armeen 300 000 Mann betrage.

An den Ufern des Hudson

Roman von Lawrence S. Desberry.

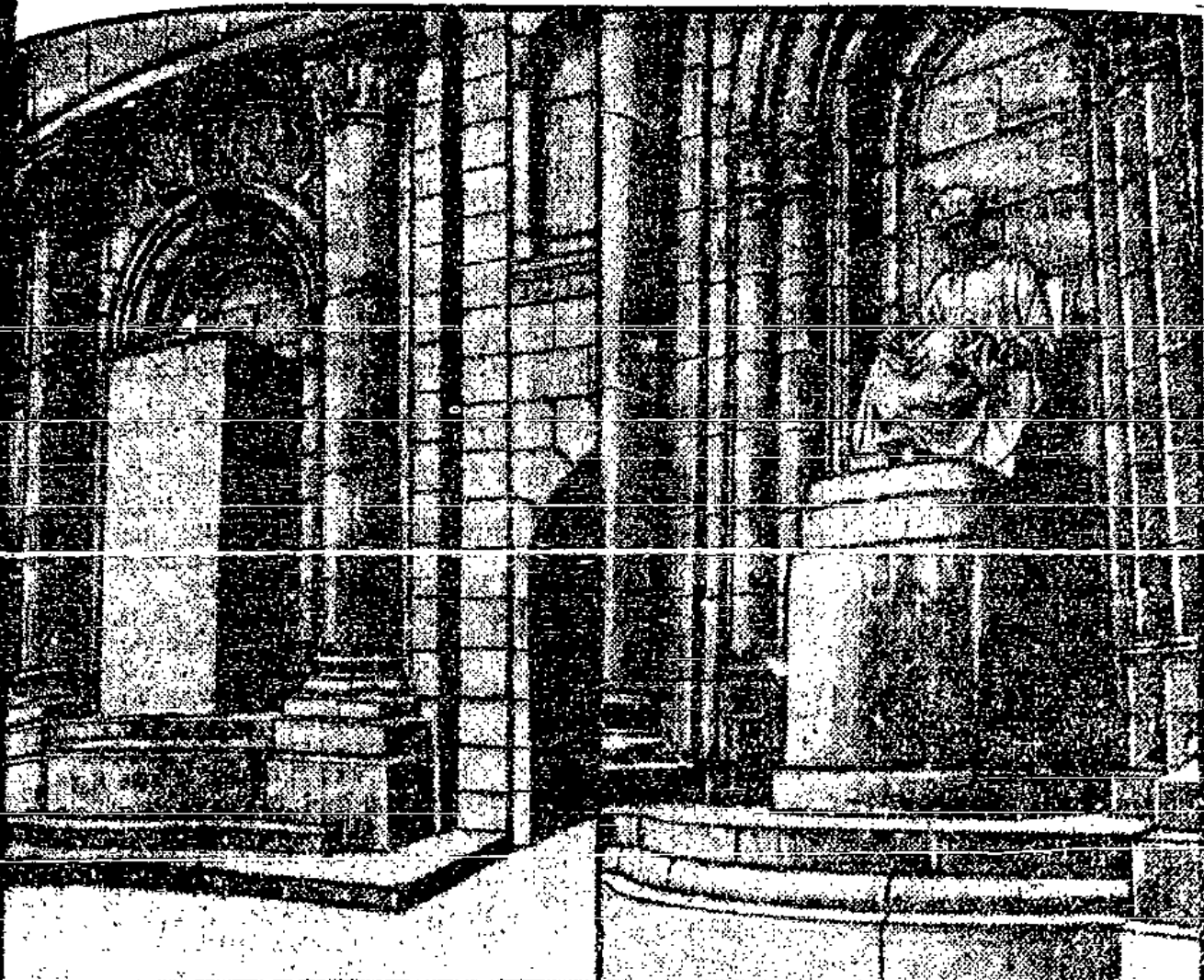
Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermann zur Kühlen.

„Ja, ich hab' Herrn Lower ein, nicht ich in Herrn Lowers Arbeitszimmer. Herr Lower war der Mann, kam eine Dame. Sie wollte nicht mit Herrn Lower zusammenkommen, und ich führte sie in das kleine Arbeitszimmer neben dem Arbeitszimmer. Herr Lower hat mir geboten, sie nach dem Arbeitszimmer zu bringen. Herr Lower hat mir geboten, sie nach dem Arbeitszimmer zu bringen. Herr Lower hat mir geboten, sie nach dem Arbeitszimmer zu bringen.“

„Kann ich die Dame, Gog?“
„Nein, ich hab' sie zum Essen.“
Die Unterhaltung war bisher im Arbeitszimmer vor sich gegangen. Nun erhob sich der Hausherr, trat ins Arbeitszimmer, er hatte sich überredet, sie eine der kleineren Kammern aufzusuchen, eine kleine Kammer.
„Kann ich die Dame, Gog?“
„Nein, ich hab' sie zum Essen.“
Die Unterhaltung war bisher im Arbeitszimmer vor sich gegangen. Nun erhob sich der Hausherr, trat ins Arbeitszimmer, er hatte sich überredet, sie eine der kleineren Kammern aufzusuchen, eine kleine Kammer.

„Ja, Gog?“
„Kann ich die Dame, Gog?“
„Nein, ich hab' sie zum Essen.“
Die Unterhaltung war bisher im Arbeitszimmer vor sich gegangen. Nun erhob sich der Hausherr, trat ins Arbeitszimmer, er hatte sich überredet, sie eine der kleineren Kammern aufzusuchen, eine kleine Kammer.

über allerlei, kaum jedoch sprach Samuel Kassenstein das „Neger“ aus, so begann der behäbige Mann zu lachen, daß die Seiten klammerten.
„Sie sind schon der Dritte, der nach einem Neger fragt, anderen waren Geheimpolitiker.“ Es handelt sich wohl auch um Herrn Lowers Ermordung. Natürlich hat Herr Lower das Verbreiten bezogen. Man müßte sie alle hängen, diese verdammten Schwarzen. Ich komme aus dem Süden, ich hab' die Hande. Bin deshalb auch der Polizei gerne beifällig. Gestern gegen elf Uhr kam ein Neger hier herein, hand gerade an der Tür, sah, daß er aus der Richtung von Atlanta. Er war gut gekleidet, sah wie ein Herr aus, sowohl Neger dies überhaupt tun kann. Er bestellte Tee, sagte, ferner.
„Gegen elf Uhr?“
„Weil meine Frau oben schlafen gegangen war und geht jeden Tag pünktlich wie eine Uhr um ein Viertel vor zu sein.“
In diesem Augenblick kitzelte ein halbwegsiger Burlesk des Restaurant, schrie schon von der Tür dem Wirt zu.
„Sie haben den Neger verhaftet, in keiner Wohnung hat den Neger begangen! Ich müßte es ja. Fred Crampson es von keinem Helfer, dem Polizeikommissar, erfahren. Er schon hinter Schloß und Riegel, der schwarze Hund. Ein Neger hat ihn gestern um ein Viertel vor Elf vor der Haustür Herrn Lowers Wohnung haben; er wurde eben gefangen genommen.“
„Gehen Sie,“ sprach der Wirt zu Samuel Kassenstein. „Ich hab' recht. Man müßte ihn hängen den schwarzen Gog.“
Die Antwort des Hausherrn hatte nichts mit dem besprochenen Thema zu tun, war völlig uninteressant; er sprach „Kann ich telefonieren?“
„Ja, rechts neben der Tür.“
Samuel Kassenstein trat ans Telefon, hängte den Hörer ab, nannte eine Nummer.
Nach einer kurzen Weile erhielt er die Verbindung. „Gog, kann ich Frau Walters sprechen?“ Samuel Kassenstein.
„Ja, sie ist eben heimgekommen.“
Gleich darauf vernahm er Graces Stimme im Telefonat. (Fortsetzung folgt.)



Der Kampf um Heinrich Heine

will auch in der Republik nicht aufhören. Sein Denkmal in „freier“ Hamburg ist bisher den Blicken der Passanten durch einen Holzschild verborgen; es soll nunmehr in Altona zur Aufstellung gelangen. Hoffentlich findet das Standbild des vielumstrittenen Dichters, dessen scharfe Geißelung des vormaligen Deutschlands die Dunkelmänner noch heute nicht vergessen können, endlich einen geeigneten Platz und Heine damit auch öffentlich die verdiente Anerkennung.

Aus dem Reiche.

Der Reichstag hat sich erst in der letzten Woche vor den Wahlen in stärkerer Weise entwickelt. In der Presse der Reichshauptstadt tritt auch heute noch in der großen politischen Entscheidung sehr stark zurück. Die Wahlen der Reichshauptstadt sind in den letzten Tagen die Wahl der Abgeordneten aller Parteien, die Verbreitung von Flugblättern. Im allgemeinen sind die Versammlungen der bürgerlichen Parteien, selbst wenn man regere Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen berücksichtigt, außerordentlich schlecht besucht. Die feine Versammlung der Volkspartei oder der Deutschen Sozialdemokratie meist mehr als 50 bis 60 Besucher auf. Am verlässlichsten kämpft durch eine Unmenge von Flugblättern dieser Art die Volkspartei, die nach dem Ergebnis der letzten Berliner Wahlen fürchten muß, einen Teil ihrer Stimmkraft an die Demokraten zu verlieren. Die Sozialdemokratische Partei steht den Ergebnissen des Wahlkampfes mit besonderer Zuversicht entgegen. Selbst unsere Gegner rechnen damit, daß es uns nicht nur gelingen wird, den augenblicklichen Mandatsstand zu halten, sondern ihn sogar noch zu vergrößern. Das würde gegenüber dem Ergebnis der letzten Wahlen eine weitere bedeutende Steigerung des sozialdemokratischen Mandatsstands zur Folge haben. Selbst unsere Gegner rechnen mit dem Ergebnis der abgegebenen Stimmen. Allgemein wird erwartet, daß die fünfjährige Amtszeit des Reichstages befristet wird.

Der Faschismus hat Eile!

Aus Rom wird uns geschrieben: Der Faschismus hat es eilig, seine Schächel ins Trockene zu bringen. Nachdem er eine Zeitlang vergebens versucht hat, die Haltung seiner Leute innerhalb der Schranken des Gesetzes zu halten, hat er sich jetzt zur gegenteiligen Taktik bekehrt: die Gesetze so zu gestalten, daß sie die faschistische Illegalität einbegreifen oder überflüssig machen. Die gesetzgeberische Arbeit, unbehindert durch parlamentarische Zwänge, schreitet mit Riesenschritten fort. So wird die kommunale Autonomie aufgehoben, wenigstens für alle Orte mit weniger als 5000 Einwohnern, für die die Funktionen der Gemeindevorwaltung auf einen Regierungsbeamten übergehen, der den Namen Podestà tragen soll. Die Faschisten brauchen also künftighin die ihnen mißliebigen Bürgermeister nicht mehr zu verbannen oder totzuschlagen, sie brauchen die Rathhäuser nicht mehr zu stürmen. Die einzige Konfliktmöglichkeit ergibt sich daraus, daß sich gelegentlich zwei Faschisten um dieselbe Podestàstelle bewerben können. In den größeren Gemeinden gibt es zwar noch eine wählbare Verwaltung, aber die Mitglieder staatsfeindlicher Parteien verlieren das passive Wahlrecht! Weiter ist es am 2. Oktober zu einem Übereinkommen zwischen dem Verband der Industriellen und den faschistischen Korporationen gekommen, nach dem die einen sich verpflichten, über Arbeiterfragen nur mit den anderen zu diskutieren und beschließen, unter Beistellung aller richtigen Arbeiterorganisationen. Man braucht also die Gewerkschaftler nicht mehr zu prügeln und auszuhungern, wie in Molinella, sie sind einfach legal beiseite geschoben, wobei freilich abzuwarten bleibt, wie man die Wirksamkeit auf die Dauer durch bloße Formeln wird bannen können.

Dazu kommt die Schaffung einer Art Kanzlerwürde, die an die Stelle der bisherigen Ministerpräsidentenschaft tritt, so daß die bereits begründete Diktatur demnach in der Verfassung wurzelt wird. Mussolini wird nicht mehr der Parlamentsmehrheit, sondern lediglich dem König Rechenschaft zu geben haben, und der König scheint auf diesem Gebiet nicht eben hohe Ansprüche zu stellen.

Und all die zahllosen Angriffe auf das Eigentum der Gegner werden auch in das Gesetz aufgenommen. Die römischen Faschisten haben zwar am heiligsten Tage die Villa Mitis verwüsten und plündern und mit der Diebesbeute unbehindert durch den Corso ziehen können, aber jetzt wird es ihnen noch bequemer gemacht. Farinacci stellt ein Gesetz in Aussicht, das all denen, die im Ausland schlecht über die faschistische Regierung sprechen, die Konfiskation der Güter und die Aberkennung der italienischen Staats-

Bürgerchaft verheißt. Dieselben Leute, die man ins Ausland getrieben hat, indem man ihnen, wie dem Redakteur des volksparteilichen „Popolo“, den Auslandspass ins Haus sandte, mit der Bemerkung, die Regierung könne ihnen das Leben nicht sichern, wird man jetzt dafür bestrafen, daß sie im Ausland sind.

Nun gibt es aber doch gewisse Neuerungen der faschistischen Partei, und zwar gerade solche, die mit jedem Tage häufiger werden, die nicht gut in den Gesetzen eines Staates Sanktion finden können. In Florenz hat man der früheren Abgeordneten, den Maximalisten Pittati, einen Kriegsinvaliden, dem der linke Arm fehlte, in seinem Bett erschossen, hat den Eisenbahner Menciolini, der in der Rotwehr einen Faschisten getötet hatte, der Polizei entzogen und auf der Straße niedergemacht, hat den früheren Korrespondenten des „Avanti“, Console, in seiner Wohnung am Telefon niederschossen. Wie stellt sich die faschistische Partei zu all diesem? Farinacci hat erklärt, es handle sich um gerechte Zurückweisung einer Provokation, aber immerhin wird es schwer sein, eine Gesetzesformel zu finden, die zum Beispiel der herrschenden Partei im Fall eines Todesfalls in den eigenen Reihen so und so viel Gegner preisgibt. Sollen doch in Florenz 10 Tote unter den Unseren sein und gegen 100 Verwundete.

Diese Fälle kann der Faschismus noch nicht in den Bereich seiner neuen Gesetzmäßigkeit einbeziehen. Daher bleibt ihm nur ein Ausweg: sie verschweigen. Pittati war schon seit 48 Stunden tot, als man endlich seinen Tod melden durfte. Wenn nicht die dummen Fremden so summer Panik verfallen und abgereist wären, hätte man vielleicht die ganze Sache vertuschen können. Wozu hat man in allen Hospitälern zuvorkommende Ärzte, die bei eingeschlagener Schädeldecke... Abernverfaltung diagnostizieren?

Gerade, weil sich der Faschismus so fürchtbar und unjählicher jährt, hat er es so eilig mit dem Ausbau des Knebelapparates. Und dazu braucht er vor allem eine geeignete Presse. Und die faschistische Presse hat einen großen Fehler, sehr großen Fehler: es liebt sie kein Mensch, selbst die Faschisten nicht, so weit sie mit der demokratischen Kunst des Lesens vertraut sind. Ein großer Teil der täglichen Beschlagnahmungen, die die Faschisten so befeindeten, weil die neue Ausgabe der beschlagnahmten fast ganz gleich steht, hat nur futternbische Zwecke. Da in Italien fast aller Zeitungsabsatz im Straßenverkauf erfolgt, bedeutet die Beschlagnahmung aller oppositionellen Abendblätter nicht nur einen Schaden für den Gegner, sondern auch die Beseitigung der Konkurrenz für die arme verhungerte faschistische Presse. Ist doch jetzt sogar das faschistische Weltblatt eingegangen, das den „Becco Giallo“ aus dem Felde schlagen sollte, und der „Becco Giallo“ legt weiter 200 000 Exemplare auf! Daß man hierbei ganz jenseits von Unstand und Schußigkeit steht, ist selbstverständlich. Unter einem Vorwand hat man der alten liberalen „Stampa“, dem gelesesten Blatt des Piemont, den verantwortlichen Redakteur entzogen. Der Präfet beantragte den neuen und die Faschisten haben die Billigung des Generalsekretärs erhalten, in ihrem Beschluß, die „Stampa“ nie mehr zum Verkauf zuzulassen und ihre Lektüre nie mehr zu dulden. Nun das Blatt ist also in dieser Lage befindet, was tut die faschistische Partei? „Koblesse oblige“ — sie macht dem Besitzer Angebote zum Ankauf des Blattes. Und was für Angebote! Dem „Avanti“ zufolge sind dem Senator Grassati 32 Millionen für die Zeitung geboten worden. Freilich ist es Geld, das die Industriellen bezahlen, aber immerhin ist es Geld, über das der Faschismus verfügt. Wenn er, bei seiner Ueberzahl an Blättern in allen Städten, eine solche Riesensumme für ein neues Blatt auszugeben gewillt ist, muß er geeignete Werkzeuge zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung sehr, sehr nötig haben.

Dazu kommt nun noch der Beschluß des Oberstaatsanwalts in der Voruntersuchung zum Prozeß Matteotti, welcher Beschluß die Einstellung des Verfahrens gegen Cesare Rossi und Marinelli beantragt. Rossi hat seinerzeit erklärt, nur getan zu haben, was man ihm aufgetragen hatte; Marinelli hat das Geld gegeben für das Unternehmen. Wo sich die Unschuld dieser Herrschaften verankert, wird sicher auch die von Bolpi und Dumini Anker werfen können. Da braucht man schon eine geschickte Presse im Inland und einen soliden Maulkorb für die auswärtige Berichterstattung, und beides ist eilig, sehr eilig. Bluttage, wie die von Florenz, sind dem Fremdenverkehr abträglich. Um lügenhafte Versionen über solche Dinge zu verbreiten, braucht man nicht nur Blätter, die lügen; man braucht auch Leser für diese Blätter.

Die Wunderkuren einer Moskauer Baroneß.

Die Moskauer „Trawda“ berichtet von den Wunderkuren einer Baroneß von Wichmann, die in einer Moskauer Vorstadt ihren „Beruf“ als Heilerin, Wahrsagerin, Wunderkürerin und Prophetin ausübt. Selbst verantwortliche Sowjetführer fuhren auf die Wunderkürerin herein. So lautet ein führender Bolschewist bei der Sowjet-Prophezie Tolstojan, der ihm die Kunst der Führer der Partei bringen sollte; er mußte beim Eintritt in das Kabinett der Parteiführer mit den Pfingsten Bewegungen machen, damit die geheimnisvolle Kraft, die ihm die Baroneß eingeblasst hatte, austreten konnte. Die Gattin eines anderen Sowjetkommissars behauptete, vermittle eines Tolstojans der Baroneß ein Kind zur Welt gebracht zu haben. Und jetzt kommt die kuge Baroneß vor das Revolutionstribunal.

Das Magnet-Auto.

Nichts ist für den Automobilisten vertrießlicher, als wenn ein lächerlicher Vogel, der irgendwo auf der Landstraße auf ihn lauert, seine Verletzung zu schaden macht. Abgesehen von dem Zeitverlust, den ein Unfall dieser Art verursacht, ist er auch sehr kostspielig, denn Auto-Reparaturen sind teuer, und wenn sie auch zur Not repariert werden können, so werden sie doch nie wieder so gut wie früher. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beschaffen in Amerika jetzt neuartige Spezialautos die wichtigsten Autofahrer. Sie tragen zwischen den Hinterrädern einen starken Magneten, der alle umherliegenden Eisenstücke automatisch aufsammt und die Straßen auf diese Weise „pneumatisch“ macht.

Eine Stadt, die umgeht.

Die tschekoslowakische Stadt Barlow, die 3000 Einwohner zählt, nicht gegenwärtig um. Die Stadt lag bisher zwischen zwei Eisenbahnen. Wegen des stark gestiegenen Verkehrs wollte die Bahngesellschaft das ganze Stadtgebiet haben und machte daher vor einiger Zeit ein Kaufangebot. Da der gebotene Preis sehr vortheilhaft war, beschloß die Stadtverwaltung, ihn anzunehmen. Die Stadt wird nun komplett verlegt, das heißt, an dem alten transkontinentalen Eisenbahntrasse liegen wird die gesamte Stadt von dem ursprünglichen Platz des Stadtzentrums verlegt.

Aus aller Welt.

Bergmanns Tod.

Auf Schiffsanlage 1-4 in Marzen bei Dortmund kamen Bergleute infolge Seilbruchs zu Tode. Die Fehlführung gibt zu dem Unglück folgende Darstellung: Die Bergleute benutzten gegen 8 Uhr vormittags den Windbüchse, bequemer von einer Sohle zur anderen zu gelangen, obgleich bekannt war, daß dieser Schacht nicht befahren werden durfte. Die Sohle rutschte in die Tiefe. Der Unglücksort lag zwischen der vierten und fünften Sohle, die etwa 10 Meter niedriger liegt. Die Bergleute wollten von einem Stütz der zweiten Sohle zu ihrem Bestimmungsort, der etwa 10 Meter tiefer liegt, und benutzten zu diesem Zweck einen Stütz, mit dem Personen nicht befördert werden durften. Die Bergleute nahmen auf dem Dach des Förderkorbes Aufstellung. Der Stütz hatte sich kaum in Bewegung gesetzt, als das Seil riß. Etwa 10 Meter unterhalb des Punktes, an dem die Bergleute den Stütz betreten hatten, brach die Sohle ab, da die Bergleute den Stütz nicht eingetreten waren. Die Bergleute wurden im Laufe des Tages nach vieler Mühe endlich geborgen. Sie konnten, hatten schwere Schädelbrüche und innere Verletzungen erlitten. Drei der bedauernswerten Opfer waren verheiratet, drei ledig.

Rom heiligen Eigentumsbegriff der oberen Klassen.

Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ist die Frau Clara Böhmer in ihrer Wohnung in Potsdam verhaftet worden. Die Frau Böhmer ist, wie berichtet, unter dem dringenden Verdacht, Diebstahle in der Wohnung des Geheimen Justizrats in Potsdam und am Sanatorium Kaiserhof in Belgien verübt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte bisher von einer Verurteilung abgesehen, da die Frau Böhmer nicht verurteilt werden konnte, weil die Frau in mehreren Fällen verurteilt worden soll. Zeugen zu beeinflussen. Die Hauptverhandlung findet am 5. November vor dem erweiterten Schöffengericht Potsdam statt.

Die Ursachen von Eisenbahnkatastrophen.

In der letzten Zeit ist auffallend häufig von Eisenbahnkatastrophen in Frankreich berichtet worden. Bei einer Überprüfung

der dafür verantwortlichen zu machenden Ursachen stellt sich, wie im Mittelmeerfahrt der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ausgeführt wird, als eines der hauptsächlichsten Gefahren Momente das System der Pünktlichkeitsprämien dar. Dies sind gefährliche Beziehungen, die in solchen Fällen geschäftlich werden, in denen Jugoverpflichtungen wieder eingeholt werden, beziehungsweise eine große Fahrgastmündigkeit erreicht wurde. Andererseits werden bei Nichterfüllung der Pünktlichkeit die Führer zu Geldstrafen herangezogen. Außerdem nehmen die Führer, ob in Bezug auf Jugelichwindigkeit viel zu wenig Rücksicht darauf, ob Wagenmaterial, Signaleinrichtungen, Weichenanlagen usw. solche Schnellfahrten gestatten. Das Streben, den Verkehr möglichst rasch zu bewältigen, hat die französischen Eisenbahngesellschaften dazu verleitet, in manchen Fällen die Frage der Sicherheit hintanzustellen. Auch niedere Löhne und lange Arbeitszeiten bei den französischen Eisenbahnen beeinträchtigen die Betriebssicherheit. Es ist dringend zu fordern, daß die Arbeitsverhältnisse in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit verbessert werden, und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen Verbesserungen nicht etwa auf Kosten der Löhne durchgeführt werden.

Flugmaschinen als Reiter aus Secoot.

In Rymöskan an der schwedischen Ostküste unternahmen drei Jäger mit einem Motorboot eine Fahrt aufs Meer. Sie wollten am nächsten Morgen mit ihrem Boot wieder zurück sein. Bis Mittag hörte man jedoch nichts von ihnen und da in der Nacht Sturm herrschte, beschloß man das Schlimmste. Die Angehörigen legten sich mit dem Kommandeur einer zufällig vor Anker liegenden veranfertigten Abteilung der schwedischen Flotte in Verbindung. Ein sofort ausgeschicktes schwedisches Motorboot konnte die Jäger aber nicht finden. Daraufhin machte sich eine Militärflugmaschine auf den Weg und suchte bis zum Einbruch der Dunkelheit nach den Jägern, ohne aber auch nur eine Spur von ihnen zu entdecken. Die Suche wurde am nächsten Morgen fortgesetzt. Nach einigen Stunden sah man endlich das Motorboot auf dem Wellen schaukeln. Das Flugzeug landete glücklich zurück und holte ein Transportboot von der Stationierung herbei. Inzwischen floß es wieder zu den Jägern, um sie von der bevorstehenden Rettung zu benachrichtigen. Kurz vorher war das Transportboot ein und übte die Schiffsführer an Land. Es stellte sich heraus, daß der Motor einen Schaden erlitten hatte. Die Jäger waren glücklich ohne Lebensmittel.

Stadt-Theater
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
La Traviata
 Samstag 7 Uhr:
Sannhäuser
 Sonntag 11 1/2 Uhr:
 2. Morgenstück
Johann Strauss
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
Indigo.

Bereinigtes Theater
Lobelltheater
 Gellingsstr. 8. Tel. 9. 6774.
 Freitag, 23. Okt., 8 Uhr:
Der Arbeitstreue
 Sonntag, 24. Okt., 8 Uhr:
Das Hühnerpiel
„Lortzing“

Spallattheater
 Schwanenstr. 3. Tel. 9. 6700
 Freitag, 23. Okt., 8 Uhr:
Der Wehrgeis
 Sonntag, 24. Okt., 8 Uhr:
Salbe-Feier
„Der Strom.“

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Tel. Ring 2345
 Freitag u. Mittwoch 8 Uhr:
Uschi.
 Samstag und Sonntag
 8 Uhr:
 Zum 100. Geburtstag
 von Johann Strauß:
Wiener Blut.

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
 Zum 99. Male:
Mädi.
 Montag u. Freitag 8 Uhr:
Gräfin Mariza.

Dienstag und Donnerstag
 8 Uhr:
Wiener Blut.

Circus Busch
 Tagl. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 3 U.
 Die heutige
Circus-Revue.
 Nachmittags
 halbe Preise.

Liebt-Theater.
 Heute
 abends 8 Uhr
 Letztes
 Tanz-
 Gastspiel
Tamara
KARSAVINA

in Rollen
 der
Internationale
Parität
 4725

Partifreunde
 In jedem Bekannten-
 verlangt in Hotels,
 Restaurants, Cafés
 auch die
Goltswacht
 4725

Joppen
 In großer Auswahl
 sehr preiswert
Goltswacht
 Markt 23.

Laden links!
 In der Wirtschaft
 der Republik
 Markt 20 Platz.

Friederichsmaul
LICHTSPIELE
 Ohlauer Stadtgraben 21. Haltestelle des Autobus
16 Akte
 umfaßt unser Aufsehen erregendes
Riesensensationsprogramm
 mit **Jack Mulhall**,
 dem gefährlichsten Konkurrenten von
Eddie Polo
 in
Erlebnisse einer Küstenwache
 1. Teil: Hyänen des Meeres
 2. Teil: Wölfe des Ozeans
 Täglich 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2 Uhr, Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Jupiter-Lichtspiele
 Westendstraße 50/52. Direktion: Leo Kuryuski.
 Nur Freitag bis Montag:
Der Leidensweg einer Frau
 Nach dem bekannten Roman Verkettungen — 5 Akte.
 Ferner: **Zwei tolle Joe-Rock-Lustspiele**
1. Joe Rock als Krankenschwester
2. Joe Rock als Füllervöchner
 Sonntags 3 Uhr, Einlaß 2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung
Der Pantoffelheld und
 Lustspiele. 4725

BRESLAUER
WELT-BÜHNE
 Lichtspielhaus Friedrich-Wilhelm-Straße 35
 Beginn: Wochentags 6 u. 9 Uhr; Sonntags 1/4, 6, 9 Uhr.
Die große
Lustspielwoche!
Zirkus
Pat und Patachon.
 Außerdem:
Fix und Fax als Verkehrsfahrer
 und als Logierbesuch. 4725
 Ferner auf der Bühne persönlich der bekannte
 Humorist und Typendarsteller **L. Metz.**

Samt hat : 4.50
Filz hat : 4.50
Velour : 9.00
Linienformen 0.75 bis 1.50 Mk.
 Umarbeitungen auf neueste Formen
Hut-Kretschmer
 Wallstraße 7, 3. Haus von der Grunpzenstraße.

3. Ausgabe erschien in
 der „Volkswacht“
 des ersten Heftes

URANIA
 12 Monatshefte
 und 4 Bücher
 Der proletarische Kosmos
 Zu beziehen durch:
Volkswachst-Verlag
 Berlin III, Neue Grunpzenstr. 5

Auditorium maximum
UNIVERSITÄT
NUR 3 TAGE!
 Sonntag, Montag, Dienstag 5 und 8 Uhr
Filmvortrag 5948
Dreyer Hannover
Argentinien
 Auf Madra und Las Palmas - Deerdigung eines
 Passagiers - Montevideo - Der Welthafen Buenos Aires
 Herpunterung eines Riesenschildkröte - Iguazu, die größten
 Wasserfälle der Welt - Urwald und Ureinwohner des
 Landes - Ernten von Zucker, Weizen, Hanf, Baumwolle,
 Wolle usw. - Die interessante Tierwelt - Riesenschlangen,
 Fruchtlere, Badeanstalt für Tiere - Buenos Aires als
 Weltstadt
 Karten im Vorverkauf:
 Agentur Norddeutscher Lloyd, Neue Schwel-
 dener Straße Nr. 6 / Konzertdirektion Hoppe
 Nachmittags 0.50 für Schüler und Studenten und
 1 Mark / Abends 0.50, 1.00 und 1.50 Mark

Warburg
Lichtspiele
Nur bis
Montag!
 Der gewaltige
 Sittenschlager:
Sonnabend Nacht...
 Ferner:
 Das große Sensations-Abenteuer:
Maciste Imperator.
 Sonntag 3 Uhr: Große Kindervorstellung
 Das große Lustspielprogramm
 Einlaß 2 Uhr Eintritt 30 Pf.

Im Restaurant:
 Jeden Sonntag u. Mittwoch
Vornehmer Tanz!
Eisbeine 4723
Treffpunkt aller Filmfreunde!

Der große
Erfolg!
Der
Weibsteufel
 von **Karl Schönherr.**
 Ein gewaltiges Spiel von Frauenteuflern
 und Schmutzgerüst. — 9 Akte.
 Ferner:
Tip und Top auf der
 2 Akte. — Außerdem:
Die neueste Pariser Wochenschau
 in natürlichen Farben. 4724

Große u. kleine Phönix-
 und Singer-Rundsch.
Wenzlers Reparaturen sofort u. billig.

Wilhelm Marcus
 Neue Schweidnitzer Straße 12
 bietet diese Woche 4725
billig! billig!
Gänsefelle
Gänsefett
Süher, Sünder, Enten
Verpflichtet unsere Inferenten!

Kein Laden nur II. Etage!
 Durch Erparnis der teuren Ladenmiete
 ich in der Lage, meine Waren besonders
 billig abzugeben. 4725
Pa. wollene Bettücher mit roter
 und blauer Kante . . . 3.10
Bettflaken aus pa. Kreas, 130/200 3.75
Bettüberzüge in weiß u. bunt,
 pa. Ware . . . 5.50
Bettwäsche, 2 Bezüge, 4 Kissen,
 herrlich bestickt . . . 22.00
1 fertiges Inlett, garantiert echt
 rot . . . 12.00 u. 8.00
Bettwäsche in Damast und Walle
 pa. Ware, enorm billig!
Pa. Damastkantenücher mit roter
Küchenhandtücher . . . 75, 65 u. 30
Barchentemäntel für Männer u.
 Frauen . . . 2.25, 1.80
Blauwollen, prima reine Wolle,
 für Erwachsene . . . von 0.75 an
Manchesterstränge für Knaben
 in grau und braun . . . von 0.50 an
Manchesterhosen . . . 0.90
Pa. Nord-Freemeshosen . . . 5.50
Arbeits-hosen, dicke pa. Ware 4.00
Männer-Unterhosen, Barchent . 2.50
Männer-Pelzhosen . . . 3.50
Damen- Reformhosen, Winter-
 ware, blau . . . 3.50
Eider-Unterzüge, schöne Qual., 3.00
Manchester, pa. Qualität . . . 2.70
Prinze-Unterzüge, reich best. 3.50
1 Posten Kinderwäcker zum
 Ausschicken, mit kleinen Fehlern 1.50
Pa. Herren-Winterrocken . . . 70
 und vieles andere nur bei
Lutz Manneberg
 Reuschstraße 1, II. Etage,
 Eingang Herrchenstraße.
 Haus Kosterlitz & Lissner.
 Verkauf von 9-7 Uhr durchgehend.
Händler hohen Rabatt.

Proletarierfrauen kaufen sich die Broschüre von
 Genossin Luise Otto
Vorbeugen nicht
 Sie finden darin mehr, als in biden, gelebt werden können
 Die Schrift ist ein ausreichender Ratgeber für Eltern
 Preis nur 50 Pf. 4725
 auswärts bei Voreinsendung 60 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht, Breslau 3, N. Grunpzenstr.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
 Breslau 1, Albrechtstraße 56.
 Getreu meinem Prinzip, meine Waren
 immer in besten Qualitäten zu den denkbar
 billigsten Tagespreisen abzugeben, lann
 ich meiner verehrten Kundenschaft
 die erfreuliche Mitteilung machen,
 daß ich heute
Jordansmüller Molkerei-Butter
 in der Molkerei Jordansmühl in 1/2 Pfd.-
 Pakete gepackt
 per Pfd. mit **Mk. 2.28**
 abgebe. Jede Hausfrau weiß, daß
 Jordansmüller Molkerei-Butter
 in Qualität an oberster Stufe steht.
Sibirische Meierei-Butter
 per Pfd. nur **Mk. 2.08**
Bestes amerik. Schweineschmalz
 ermäßige ich heute auf
Mk. 0.90 per Pfd.
Besten Delikatess-Rüdenped
 ermäßige ich heute auf
Mk. 1.25 per Pfd.
 Dagegen verkaufe ich
Corned beef
 (allerbeste Ware)
 trotzdem der Eingangszoll per 100 kg
 auf **Mk. 40.00** erhöht ist, immer noch zu
 den alten Preisen und zwar:
Corned beef, im Querschnitt,
 500 Gramm reines Fleisch **Mk. 0.75**
 die 6 Pfd.-Dose (engl. Gewicht) **Mk. 3.95**
Holsteiner Dauerwurst
 habe ich einen großen Posten herbeigehol-
 ten, die ich
 das ganze Pfd. mit nur **Mk. 1.50**
 verkaufe.
Raffinade-Zucker
 fein, gemahlen . . . per Pfd. **Mk. 0.25**
 Der Preis für Qualitätszucker dürfte keinen
 Tiefstand erreicht haben und glaube, zur Ver-
 sorgung raten zu dürfen.
 Nach auswärts liefere ich
Fein-Zucker Ia . . . per Pfd. **Mk. 0.25**
 frei Bahn Breslau.
Gemüse, Feigen und Pilz-Konserve,
Müli-Abfälle, Fischtomaten, Salsol,
Wasserkügelchen
 alles einzeln aufzuführen, reicht der Raum
 hier nicht aus, dessenungeachtet bitte ich, den
 Bedarf vertrauensvoll bei mir zu decken.
 4725
Meine Preise sind billig!
 Die Waren von bester Beschaffenheit
 Berlin u. Potsdam u. a. a. O. abzugeben.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Dite 3552.



Politische Kurse der SPD.

Dem dringenden Bedürfnis Rechnung tragend, hat der Parteivorstand beschlossen, auch im Winterhalbjahr 1925/26 politische Kurse zu geben. Die Kurse sollen die wichtigsten Probleme der Politik behandeln. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Arbeiter: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Frauen: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Politische Kurse für Jugendliche: Die Kurse werden in jeder Woche am Abend im Gewerkschaftshaus gegeben. Die Kurse sind in drei Abteilungen unterteilt: 1. Politische Kurse für Arbeiter, 2. Politische Kurse für Frauen, 3. Politische Kurse für Jugendliche.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Seit die sozialdemokratische Mehrheit nicht mehr besteht, ist der Magistrat in immer stärkerer Abhängigkeit von Unternehmerinteressen geraten. In zwei Fällen zeigte sich das gestern besonders deutlich. Einmal bei den wieder notwendig gewordenen Lohnhöhungen für die hiesigen Arbeiter, denn die Teuerung ist seit der letzten Lohnhöhung leider weiter gestiegen. Ein Schlichterspruch war dafür gekommen, den Handwerkern 5 Pfennige, den Angelernten 3 Pfennige, den Magisterinnen und den Arbeiterinnen 2 Pfennige Lohnzulage auf die Stunde zu gewähren. Im Magistrat hatte sich unter Führung des Räumers eine knappe Mehrheit dafür gefunden, nur den Handwerkern und Angelernten ihre 5 und 3 Pfennige zu gewähren, den Bedürftigen aber die 2 Pfennige vorzuenthalten. Denn die Industrie steht schon auf der Gemeindegrenze, die angeblich ihre Arbeiter im ganzen zu hoch bezahlen. Genosse Mache trat als Berichterstatter entschieden dafür ein, den ganzen Schlichterspruch anzunehmen. Der Zentrumsmann Kollie und der Kommunist Kohnstod vertraten die gleiche Auffassung. Dem Oberbürgermeister und unserem Genossen Neufisch als Arbeiterdeputierten fiel die unangenehme Aufgabe zu, den Magistratsbeschluss zu vertreten. Sie werden es beide nur mit innerem Widerstreben getan haben, und froh gewesen sein, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit fand, die vernünftiger war als die Magistratsmehrheit. Deutschnationale und Volksparteiler, denen sich der Demokrat Dr. Hante zugesellte, versuchten vergeblich, die Bewilligung der 2 Pfennige zu hinterziehen, indem sie für Ausschüßberatung stimmten. Als sie aber merkten, daß es im Sinne des Unternehmers nichts zu retten gab, stimmten sie schließlich auch mit für die 2 Pfennige, denn — wir stehen ja wieder einmal vor Wahlen.

Der zweite Fall betraf die Wertzuwachssteuer. Obwohl sie viel zu niedrig ist, soll sie auf Drängen des Volksparteilers Halspaap um 100 000 Mark abgebaut werden, angeblich um den Wohnungsbau zu fördern. Der Magistrat war diesem Wunsche in Ausführungsbestimmungen näher gekommen, die nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden. Genosse Darf wandte sich sofort hiergegen. Bei der Beratung der Steuerordnung habe man den Spekulant durch Abschnehung der sozialdemokratischen Anträge bereits 300 000 Mark jährlich gespart und jetzt sollen noch 100 000 Mark dazu kommen. Der Wohnungsbau wird dadurch in keiner Weise gefördert. Statt den Spekulant das Geld zu sparen, solle man jährlich 100 000 Mark einem Fonds zuführen, um daraus minderbemittelten Bürgern Darlehen zu Bautrostzuschüssen zu gewähren. Ein entsprechender Antrag wurde mit der knappen Mehrheit von 39 gegen 37 Stimmen angenommen. Deutschnationale und Volkspartei waren dagegen, und ihnen gefielen sich natürlich die Demagogen unter Dr. Hantes Führung an. Seit Pastor Moerens sein Mandat niedergelegt und Dr. Hante auf der Liste nachgerückt ist, bleibt aufstrebend von den Demokraten überhaupt nichts als Liebesdienst am Kapital zu erwarten.

In einer sehr wirkungsvollen Rede hat sich gestern noch die Genossin Jils-Eckstein der Vermissten angenommen, die in Kijew für Obdachlose Unterkunft suchen müssen und vom Magistratsvertreter Dr. Humann die bestimmte Zusage auf Abhilfe erreicht.

Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.
Stadt Mache (Soz.) stellte unter Hinweis auf die heranwachsende alte Jahresszeit einen Dringlichkeitsantrag, der angeht die Berücksichtigung der Wirtschaftslage besondere Notmaßnahmen zu fordern, wobei die Wünsche der Erwerbslosen möglichst berücksichtigt werden sollten.

Stadtrat Kalkbrenner schilberte eingehend die vom Magistrat vorgezeichneten Maßnahmen. Die besonderen Vorschläge des Magistrats erfordern insgesamt Mittel in Höhe von 4 718 000 Mark. Zur Zeit werden allein in der Kinderpeisung 7 000 Kinder betreut. Die Notmaßnahmen sollen ab 1. November durchgeführt werden. — Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit den betreffenden Vorlagen des Magistrats zur beschleunigten Erledigung in den Ausschuß 8 überwiesen.

Ein Fonds für Wohnungsbauzuschüsse an Bedürftige.
Zu den vom Magistrat vorgezeichneten steuerlichen Erleichterungen bei der Wertzuwachssteuer, durch die ein Einnahmeausfall von etwa 100 000 Mark entsteht, stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, stattdessen die Erhebung der Wertzuwachssteuer die dadurch nicht ausfallenden 100 000 Mark jährlich einem Fonds zu überweisen, aus dem minderbemittelten Baukostenzuschüsse gegeben werden sollten.

Stadt Dr. Darf (Soz.) begründete diesen Antrag ausführlich und wies darauf hin, daß allein schon durch die verspätete Einführung der Steuer dem Stadtbudget bereits 300 000 Mark entgangen sind. Jetzt will die Stadt den Grundstückspekulant noch einmal 100 000 Mark sparen in der Hoffnung, daß diese Summe dem Wohnungsbau zugutekommen soll. Diese Annahme ist jedoch durchaus irrig. Gegenüber den Behauptungen des Deutschnationalen, Stadt Dr. Hante, daß die Wertzuwachssteuer überhaupt die Bautätigkeit hemme und dazu noch auf die Schultern der Käufer abgewälzt werde, wurde aus dem Hause darauf hingewiesen, daß eine derartige Abwälzung gar nicht möglich sei. Nach einer harten Redebekämpfung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die es schon immer mit den Spekulant gehalten haben, bei Stimmenmehrheit einiger Zentrumskräfte angenommen.

Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.
Stadt Mache (Soz.) stellte unter Hinweis auf die heranwachsende alte Jahresszeit einen Dringlichkeitsantrag, der angeht die Berücksichtigung der Wirtschaftslage besondere Notmaßnahmen zu fordern, wobei die Wünsche der Erwerbslosen möglichst berücksichtigt werden sollten.

Stadtrat Kalkbrenner schilberte eingehend die vom Magistrat vorgezeichneten Maßnahmen. Die besonderen Vorschläge des Magistrats erfordern insgesamt Mittel in Höhe von 4 718 000 Mark. Zur Zeit werden allein in der Kinderpeisung 7 000 Kinder betreut. Die Notmaßnahmen sollen ab 1. November durchgeführt werden. — Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit den betreffenden Vorlagen des Magistrats zur beschleunigten Erledigung in den Ausschuß 8 überwiesen.

Ein Fonds für Wohnungsbauzuschüsse an Bedürftige.
Zu den vom Magistrat vorgezeichneten steuerlichen Erleichterungen bei der Wertzuwachssteuer, durch die ein Einnahmeausfall von etwa 100 000 Mark entsteht, stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, stattdessen die Erhebung der Wertzuwachssteuer die dadurch nicht ausfallenden 100 000 Mark jährlich einem Fonds zu überweisen, aus dem minderbemittelten Baukostenzuschüsse gegeben werden sollten.

Dr. Hante wies darauf hin, daß die Wertzuwachssteuer überhaupt die Bautätigkeit hemme und dazu noch auf die Schultern der Käufer abgewälzt werde, wurde aus dem Hause darauf hingewiesen, daß eine derartige Abwälzung gar nicht möglich sei. Nach einer harten Redebekämpfung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die es schon immer mit den Spekulant gehalten haben, bei Stimmenmehrheit einiger Zentrumskräfte angenommen.

Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.
Stadt Mache (Soz.) stellte unter Hinweis auf die heranwachsende alte Jahresszeit einen Dringlichkeitsantrag, der angeht die Berücksichtigung der Wirtschaftslage besondere Notmaßnahmen zu fordern, wobei die Wünsche der Erwerbslosen möglichst berücksichtigt werden sollten.

Stadtrat Kalkbrenner schilberte eingehend die vom Magistrat vorgezeichneten Maßnahmen. Die besonderen Vorschläge des Magistrats erfordern insgesamt Mittel in Höhe von 4 718 000 Mark. Zur Zeit werden allein in der Kinderpeisung 7 000 Kinder betreut. Die Notmaßnahmen sollen ab 1. November durchgeführt werden. — Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit den betreffenden Vorlagen des Magistrats zur beschleunigten Erledigung in den Ausschuß 8 überwiesen.

Ein Fonds für Wohnungsbauzuschüsse an Bedürftige.
Zu den vom Magistrat vorgezeichneten steuerlichen Erleichterungen bei der Wertzuwachssteuer, durch die ein Einnahmeausfall von etwa 100 000 Mark entsteht, stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, stattdessen die Erhebung der Wertzuwachssteuer die dadurch nicht ausfallenden 100 000 Mark jährlich einem Fonds zu überweisen, aus dem minderbemittelten Baukostenzuschüsse gegeben werden sollten.

Stadt Dr. Darf (Soz.) begründete diesen Antrag ausführlich und wies darauf hin, daß allein schon durch die verspätete Einführung der Steuer dem Stadtbudget bereits 300 000 Mark entgangen sind. Jetzt will die Stadt den Grundstückspekulant noch einmal 100 000 Mark sparen in der Hoffnung, daß diese Summe dem Wohnungsbau zugutekommen soll. Diese Annahme ist jedoch durchaus irrig. Gegenüber den Behauptungen des Deutschnationalen, Stadt Dr. Hante, daß die Wertzuwachssteuer überhaupt die Bautätigkeit hemme und dazu noch auf die Schultern der Käufer abgewälzt werde, wurde aus dem Hause darauf hingewiesen, daß eine derartige Abwälzung gar nicht möglich sei. Nach einer harten Redebekämpfung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die es schon immer mit den Spekulant gehalten haben, bei Stimmenmehrheit einiger Zentrumskräfte angenommen.

Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.
Stadt Mache (Soz.) stellte unter Hinweis auf die heranwachsende alte Jahresszeit einen Dringlichkeitsantrag, der angeht die Berücksichtigung der Wirtschaftslage besondere Notmaßnahmen zu fordern, wobei die Wünsche der Erwerbslosen möglichst berücksichtigt werden sollten.

Stadtrat Kalkbrenner schilberte eingehend die vom Magistrat vorgezeichneten Maßnahmen. Die besonderen Vorschläge des Magistrats erfordern insgesamt Mittel in Höhe von 4 718 000 Mark. Zur Zeit werden allein in der Kinderpeisung 7 000 Kinder betreut. Die Notmaßnahmen sollen ab 1. November durchgeführt werden. — Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit den betreffenden Vorlagen des Magistrats zur beschleunigten Erledigung in den Ausschuß 8 überwiesen.

Ein Fonds für Wohnungsbauzuschüsse an Bedürftige.
Zu den vom Magistrat vorgezeichneten steuerlichen Erleichterungen bei der Wertzuwachssteuer, durch die ein Einnahmeausfall von etwa 100 000 Mark entsteht, stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, stattdessen die Erhebung der Wertzuwachssteuer die dadurch nicht ausfallenden 100 000 Mark jährlich einem Fonds zu überweisen, aus dem minderbemittelten Baukostenzuschüsse gegeben werden sollten.

Stadt Dr. Darf (Soz.) begründete diesen Antrag ausführlich und wies darauf hin, daß allein schon durch die verspätete Einführung der Steuer dem Stadtbudget bereits 300 000 Mark entgangen sind. Jetzt will die Stadt den Grundstückspekulant noch einmal 100 000 Mark sparen in der Hoffnung, daß diese Summe dem Wohnungsbau zugutekommen soll. Diese Annahme ist jedoch durchaus irrig. Gegenüber den Behauptungen des Deutschnationalen, Stadt Dr. Hante, daß die Wertzuwachssteuer überhaupt die Bautätigkeit hemme und dazu noch auf die Schultern der Käufer abgewälzt werde, wurde aus dem Hause darauf hingewiesen, daß eine derartige Abwälzung gar nicht möglich sei. Nach einer harten Redebekämpfung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die es schon immer mit den Spekulant gehalten haben, bei Stimmenmehrheit einiger Zentrumskräfte angenommen.

Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.
Stadt Mache (Soz.) stellte unter Hinweis auf die heranwachsende alte Jahresszeit einen Dringlichkeitsantrag, der angeht die Berücksichtigung der Wirtschaftslage besondere Notmaßnahmen zu fordern, wobei die Wünsche der Erwerbslosen möglichst berücksichtigt werden sollten.

Stadtrat Kalkbrenner schilberte eingehend die vom Magistrat vorgezeichneten Maßnahmen. Die besonderen Vorschläge des Magistrats erfordern insgesamt Mittel in Höhe von 4 718 000 Mark. Zur Zeit werden allein in der Kinderpeisung 7 000 Kinder betreut. Die Notmaßnahmen sollen ab 1. November durchgeführt werden. — Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit den betreffenden Vorlagen des Magistrats zur beschleunigten Erledigung in den Ausschuß 8 überwiesen.

Ein Fonds für Wohnungsbauzuschüsse an Bedürftige.
Zu den vom Magistrat vorgezeichneten steuerlichen Erleichterungen bei der Wertzuwachssteuer, durch die ein Einnahmeausfall von etwa 100 000 Mark entsteht, stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, stattdessen die Erhebung der Wertzuwachssteuer die dadurch nicht ausfallenden 100 000 Mark jährlich einem Fonds zu überweisen, aus dem minderbemittelten Baukostenzuschüsse gegeben werden sollten.

Stadt Dr. Darf (Soz.) begründete diesen Antrag ausführlich und wies darauf hin, daß allein schon durch die verspätete Einführung der Steuer dem Stadtbudget bereits 300 000 Mark entgangen sind. Jetzt will die Stadt den Grundstückspekulant noch einmal 100 000 Mark sparen in der Hoffnung, daß diese Summe dem Wohnungsbau zugutekommen soll. Diese Annahme ist jedoch durchaus irrig. Gegenüber den Behauptungen des Deutschnationalen, Stadt Dr. Hante, daß die Wertzuwachssteuer überhaupt die Bautätigkeit hemme und dazu noch auf die Schultern der Käufer abgewälzt werde, wurde aus dem Hause darauf hingewiesen, daß eine derartige Abwälzung gar nicht möglich sei. Nach einer harten Redebekämpfung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die es schon immer mit den Spekulant gehalten haben, bei Stimmenmehrheit einiger Zentrumskräfte angenommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Oktober.

Wert der genossenschaftlich organisierten Kaufkraft.

Es ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Einsicht der über- Mehrheit der Bevölkerung — einschließlich der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitermassen — noch sehr mangelhaft ist. Denn sollte nicht die Einsicht der gegenwärtigen Preisentwicklung auf der einen Seite und der Macht der Industrie- und Handelsartikler auf der anderen, dem Käufer wie dem Verbraucher die Preise ganz einfach ein geradezu elementarer Widerstand geltend machen. Der Kleinhandl noch die genossenschaftlich organisierten Verbraucher sind imstande, dem kapitalistischen Unter- in der Industrie und dem Großhandel irgendwelchen abzuwehren. Denn das Industrie- und Handels- hat die Stärke der wirtschaftlichen Preisgestaltung in der Hand. Und wer etwa glaubt, daß mit politischen Mitteln, durch Reichstag und Regierung, dem wirtschafts-kapitalistischen Preiswahn beizukommen wäre, der verkennt die Natur des Wirtschaftskampfes zwischen Erzeuger, Ver- und Verbraucher. Ja, wenn die politische Einsicht der und Wählerinnen der deutschen Rep. ist, die immerhin zu sein scheint als ihre wirtschaftliche Einsicht, bereits war, daß eine im Jahre 1919 greifbare sozialistische der Reichstages zur Tatsache werden würde, dann wäre es, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Reihe wichtiger Maßnahmen wirksamen Schutz gegen den willkürlichen Preiswahn der Industrie und des Großhandels den Verbraucher einige Erleichterungen schaffen könnte. Es bliebe auch dann immer noch die Notwendigkeit genossenschaftlich organisierter Selbsthilfe als wirksamster Mittel dem Verbraucher übrig, denn solange die Preis- mittel nicht in den Besitz der All- wehheit übergegangen sind, vermag keine Gewalt den Profitcharakter der kapitalistischen Wirtschaft zu ändern. Und ein Blick auf zeigt, daß selbst die unumgängliche Staatsmacht nicht ist, die durch Entwicklung groß gewordene privat- Wirtschaft durch Dekrete zu entzweien, eine die Wirtschaft einzugehen und die Warenpreise nach den Werten der Wirtschaft und Gesellschaft zu bestimmen. Durch gewinnt die genossenschaftlich organisierte Selbst- mehr an Bedeutung, als sie jemals besessen. Man sollte erkennen, daß das Fundament unserer ganzen Volkswirtschaft die Kaufkraft, d. h. der Verbraucher, bildet. Kein oder kann bestehen ohne eine bestimmte Anzahl von die bei ihm kaufen; der Großhandel ist an dem Tag an dem die Kleinhandl als Abnehmer bei ihm ver- die, die Schöße der Industrie hören auf zu rauchen, wenn nicht und das Kapital, selbst wenn es nach Milliarden zins-, d. h. profitlos, wenn die Kette der Kaufkraft bräucher über den Kleinhandl bis zum Fabrikanten wird und die Kaufkraft sich durch andere Kanäle ver- Es ist also durchaus klar, daß die Wirtschaftskraft des als „Kaufkraft“ den entscheidenden Produktions- faktor bildet, und von hier aus ist die Folgerung zu ziehen, daß die Kaufkraft die entscheidende Produktions- genossenschaftlich organisierte Kauf- bildet somit die beste Grundlage für die Produktion der Verbraucher. Sie hängt als

organisierte Kaufkraft zur Quelle der Preisbildung vor und wird unabhängig vom Industrie- und Handelskapital. Dies zu bezeugen, erfordert an sich nicht viel wirtschaftliche Einsicht. Und die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsbewegung in Deutschland wäre organisierte Kaufkraft, d. h. mit etwa 4 1/2 Millionen genossenschaftlich organisierter Familien — was einer Bevölkerungszahl von ungefähr 18 Millionen (bei 60 Millionen im ganzen!) entspricht — auch durchaus in der Lage, ohne Gefährdung Zug um Zug bis zur Quelle der Preisbildung auf den wichtigsten Gebieten der Lebenshaltung vorzudringen, wenn die wirtschaftliche Einsicht ihrer eigenen Mitglieder dem Umfange der Organisation entsprechen würde. Aber leider fehlt es daran in ganz unglaublicher Weise. Und Sozialist und Preisabwägsler haben noch nicht verstanden, die zwei nächsten elementaren Wirkungen anzuschauen, die das konsumgenossenschaftliche Selbstverständnis von der Welt weckt: die Verbraucherschicht in den Konsumgenossenschaften zu vertypisieren und den Kampf der Klassen zu vertypisieren. Es ist beinahe das Gegenteil der Fall. Zwar nimmt die organisatorische Stärke der Konsumgenossenschaften ständig, wenn auch langsam, zu. Aber der Kaufkraftcharakter der meisten Mitglieder ist faul und zeigt ein so geringes Maß wirtschaftlicher Einsicht in seine eigenen Interessen und in die volkswirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlich organisierten Kaufkraft, als ob die Warenpreise gegen die Vorkriegszeit nicht um 60 bis 70 Prozent durchschnittlich gestiegen, sondern um soviel ge-unken wären. Wie kommt es denn sonst möglich sein, daß in den deutschen Konsumgenossenschaften der Umsatz pro Familie und Jahr sich auf höchstens 200 Mark beläuft — noch nicht 5 Mark für die Woche! —

Im Flugzeug zwischen den Industriegebieten.
Am Sonntagabend fand, wie wir berichteten, in Breslau die Tagung der Mitglieder der Gesellschaft für Metallkunde (im Verein Deutscher Ingenieure) statt. Dazu begaben sich die Delegierten aus Berlin und in größerer Anzahl die aus dem Ruhrgebiet in mehreren Zügen nach Breslau. Durch diese ausschließlich wirtschaftlichen und industriellen Beziehungen dienende Kontakte dürfte erneut die wirtschaftliche Verbundenheit der beiden großen deutschen Industriegebiete zum Ausdruck ge-bracht werden, der bereits seit Anfang dieses Jahres die Ein-richtung der ersten Luftverbindung zwischen Ostpreußen und dem Ruhrgebiet dienlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Das alte Lied.

Das Organ der Deutschen Reichssteuerbeamten, die „Steuerwart“, veröffentlicht in ihrer Oktobernummer unter diesem Titel eine Betrachtung. Es wird da eine Unterredung skizziert, die ein Mitglied der Spitzenorganisation mit dem Reichsminister der Finanzen hatten. Der Sprecher der Delegation führte dabei aus: Als die letzte Regierung die Gewerkschaften übernahm, hat der Reichsminister Dr. Brüning in seiner Antrittsrede erklärt, daß es sein Bestreben seiner Regierung sein werde, für eine auskömmliche Lebenshaltung der Beamtenfamilie zu sorgen. Auch der Reichsfinanzminister hat in seiner Rede am 31. Juli der Meinung Ausdruck gegeben, daß in nicht allzu ferner Zeit an eine Veränderung der Beamtenbezüge herangegangen werden müsse. Seit jener Zeit sei eine fortgesetzte Preissteigerung festzustellen, die allerdings Zeit für einen kühneren Ausdruck im Inland finde. Wenn auch der Preis für gewisse Dinge um geringes anzuheben oder festzuhalten sei, so sei er in den wesentlichen Gegenständen, die zum täglichen Leben notwendig seien, noch gestiegen. Die Kommissarorganisation der Beamten gehe in Verzweiflung über. Nach vorliegendem Material betrage die Zahl der Selbstmorde z. B. bei der Schulpflicht in diesem Jahre allein 28 von Angehörigen der Besoldungsgruppe 2-4, wovon zwei Drittel auf die wirtschaftliche Notlage zurückzuführen seien. Für den Staat sei es das Bedenklichste, daß die Integrität der Beamtenfamilie dabei anfrage, häufig zu werden. Beweis dafür sei die Häufung der Disziplinarfälle. Man dürfe deshalb nicht glauben, daß bei der Beamtenfamilie allmählich die Auffassung Platz greife, daß sie dem Staat nur in dem Maße Leistungen zu bringen habe, als der Staat seine Pflicht erfülle. Hierin sei eine große Gefahr für den Staat zu erblicken. Bei solchen Gelegenheiten bezeichnete der Reichsfinanzminister als Schmierigkeiten, die sich der Erhöhung der Beamtenbezüge entgegenstellten, die noch schwebenden Fragen der Aufwertung, der Steuer- und Zollgebühren, des Finanzgleichgewichts mit den Ländern usw. Diese Fragen seien nun erledigt, aber trotzdem sei für die Beamtenfamilie noch nichts geschehen.

Der Reichsfinanzminister Schlieben erklärte darauf, daß die große Notlage der Beamtenfamilie durchaus anerkannt werde, und wenn bei einzelnen Gruppen eine auskömmliche Besoldung nicht bestehe, so sei das zugegeben. Aber Deutschland stehe eben erst am Anfang einer Besserung. Bei der Reichswehr sei die Neuorganisation der Wehrmacht eine staatspolitische Notwendigkeit geworden. Nach weiteren Ausführungen über die politische Lage, über die Auswirkung der Reparationslasten sowie über die Krise in der Industrie und Landwirtschaft, kam Schlieben zu dem Schluß, daß die Beamtenfamilie ihre berechtigten Wünsche noch einige Zeit zurückstellen möchte. Er hofft dabei, daß der Zeitpunkt bald kommen möge, an dem auch der Beamtenfamilie Erleichterung gewährt werden könne.

Es ist interessant, daß der gleiche Reichsfinanzminister Schlieben es wagt, die deutsche Beamtenfamilie der unteren und mittleren Klassen wieder zu verurteilen, an ihr Staatsgefühl zu appellieren, aber ihr nichts zu geben; um so interessanter, als ja der gleiche Schlieben doch jenen Davesplan mitgenommen hat, in dem a. B. u. a. figured ist: „Wir haben der Schicksalsgewalt nicht entgegen können, daß die reichen Klassen in Deutschland in den letzten Jahren nicht in angemessener Weise von dem in Kraft befindlichen Steuerregime erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das die Betreffenden der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reichen Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Damit bedeutet Schlieben also selbst, daß die reicheren Klassen in Deutschland zur Tragung der Reparationen usw. in durchaus angemessener Weise herangezogen wurden. Gerade die untere und mittlere Beamtenfamilie aber soll opfermutig sein, dafür und für die Interessen eben dieser anderen Klassen hungern. Das ist der Rat des Herrn Schlieben.

„Es ist das alte Lied“, schreibt die „Steuerwart“, und fügt hinzu: „Wir glauben den Versicherungen der Regierungsmänner nicht mehr. Wir haben den Glauben an Treueverhältnis, Verschonung, Gerechtigkeit und Recht verloren.“

Wir können diesen Äußerungen nur zustimmen. Und wenn die deutsche mittlere und untere Beamtenfamilie heute mit Recht über ihre bittere Lage klagt, so möge sie bedenken, daß die Reichsregierung Brüning-Stresemann nicht zum wenigsten den Stimmen der unteren und mittleren Beamtenfamilie ihre Existenz zu verdanken hat.

Die Schlichtungsbehörden 1924.

16 480 Streitigkeiten, 889 Zwangsgerichtsverfahren. Im Reichsarbeitsblatt vom 1. September ist eine Statistik veröffentlicht, welche die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1924 registriert. Aus der Zusammenstellung der Schlichtungsausschüsse geht hervor, daß 119 Schlichtungsausschüsse mit 21 selbstständigen Zweigstellen sich mit der Schlichtung von Arbeitsverhältnissen beschäftigt haben. Von den 16 480 Schlichtungsverfahren wurden nach der Statistik erledigt:

1. Vor Anberaumung der Verhandlung 1694, 2. im Vorverfahren 2319, 3. im Verfahren vor der Schlichtungskammer 1133, 4. auf andere Weise 994. Von den vor der Schlichtungskammer ausgetragenen Fällen (Ziffer 3) wurden erledigt: 1211 durch Einigung, 9460 durch Schiedspruch, 862 durch sonstigen Beschluß.

In 4492 Fällen wurde der Schiedspruch von beiden Seiten angenommen und in 4968 Fällen erfolgte die Ablehnung des Schiedspruches durch einen oder beide Teile. Die Zahl der Streitigkeiten, die für ein Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter — also für den sogenannten Zwangsanspruch — theoretisch in Betracht kamen, betrug nur knapp ein Drittel aller vor den Schlichtungsausschüssen bearbeiteten Streitfälle. Ueber zwei Drittel der Verfahren konnten bereits erledigt werden, ohne daß die Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitsklärung — Ablehnung des Schiedspruches durch eine Partei — gegeben wurden.

Nach der Tabelle lagen insgesamt 3559 Anträge auf Verbindlichkeitsklärung vor. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt schon wesentlich hinter der Zahl der von den beiden Parteien abgelehnten Schiedsprüche zurück. Noch nicht in einem Viertel aller Fälle wurde, wie die Zusammenstellung zeigt, die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Der größte Teil der Anträge wurde infolge Einigung der Parteien noch vor dem Schiedstermin gegenseitig gelassen. In Hamburg war es möglich, in 100% aller eingeleiteten Verfahren zu einer Einigung der Parteien zu kommen, so daß für Hamburg keine ausgesprochene, aber auch keine abgelehnte Verbindlichkeitsklärung verzeichnet ist. — Auch sonst ist fast Ende Juni 1925 insgesamt 1922 allgemein verbindliche Tarifverträge in Kraft waren. Davon entfielen 881 auf die Angestellten.

Die Tabellen über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Schlichter zeigen, daß nur in einer verhältnismäßig kleinen Anzahl aller Fälle ein unmittelbarer Zwang erfolgte. Insgesamt 16 480 Streitigkeiten vor den amtlichen Schlichtungsausschüssen stehen nur 889 ausgesprochene Verbindlichkeitsklärungen gegenüber. Es kommt freilich nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität an. Und es kommt auch darauf an, auf wessen Antrag — Unternehmer oder Arbeiter — d. h. also gegen wen die Verbindlichkeitsklärung in der Regel ausgesprochen wurde.

Der Verband der Angestellten hat mit fast allen Gewerkschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Tarifverträge geschlossen, in denen die Lohnverhältnisse drücklich geregelt sind. Die sonstigen Arbeitsverhältnisse werden durch Rahmenabkommen geregelt. — Nach einer längeren Aussprache forderte die Konferenz in einer Entschließung unter anderem für die Lagerhalter der Konsumvereine eine feste Monatsvergütung als Ausgleich für die Verluste durch Warenabgang usw., ferner die Anstellung der hauptamtlich tätigen Lagerhalter gegen festes Gehalt und nicht nur gegen Umsatzprovision, und schließlich die Aufwertung der von den Lagerhaltern gestellten Kauttionen. In einer weiteren Entschließung werden die Gewerkschaften aufgefordert, nicht nur für die Organisation der engeren Berufsangehörigen bemüht zu sein, sondern alle Angestellten im Handel und Industrie dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.

Die Reichskonferenz beauftragte die örtlichen Fachgruppen in Gera, Breslau, Leipzig, Köln, Hannover, Dresden und Stuttgart, je einen Vertreter in den Reichsfachausschuss zur beratenden Unterstützung des Verbandsvorstandes zu delegieren. In einen Unterausschuss der Lagerhalter werden Berlin, Frankfurt a. M. und Nürnberg einen Vertreter entsenden. Der Reichsfachausschuss hat einen Vortrag über die Stellung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben. Zum Schluß fand eine kurze Aussprache über die Pensionstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, deren gegenseitige Wirkung anerkannt wurde.

Ende des Baumwollspinnerstreiks in Bombay.

Der seit Mitte September dauernde Streik soll in diesen Tagen durch Eingreifen des Gouverneurs von Bombay beigelegt werden, und man erwartet, daß die 120 000 Streikenden schon in der nächsten Woche die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Meldung belagt weiter, daß die Arbeitgeber auf die beachtliche Kürzung der Löhne verzichtet haben, wohl nachdem sie einsehen mußten, daß man mit 120 000 Arbeitern nicht umspringen kann, wie man als Unternehmer möchte.

Im Streit über den Reichsmanteltarif-Vortrag für das Personal der kommunalen Straßenbahnen ist ein vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Parteien unterbreiteter Einigungsantrag, der sich insbesondere auf die Regelung der Arbeitszeit und den Krankenlohn bezieht, von den Parteien angenommen worden. Damit sind für ein weiteres Jahr die Arbeitsverhältnisse bei den kommunalen Straßenbahnen, soweit die Bestimmungen des Manteltarifes in Frage kommen, geregelt.

Wirtschaft.

Deutschland und der Welthandel.

Bekanntlich hat die Festigung der Realuten die sich im Jahre 1924 vollzog, günstig auf den Welthandel eingewirkt. Ueber den Gesamtverkehr liegen bis jetzt nach „Wirtschaft und Statistik“ Uebersichten für vierzig Länder vor, die mehr als 90 Prozent des Welthandels repräsentieren. Danach betragen:

	1913	1922	1923	1924
	(in Milliarden Mark)			
Einfuhr:	155	173,9	195,5	220,6
Ausfuhr:	80	91,2	100,3	112,2
Umsatz:	76	87,7	96,2	107,8

Bei Betrachtung dieser Zahlen muß berücksichtigt werden, daß der Preisstand nach dem Krieg höher als vor dem Kriege liegt. Legt man den Vorkriegsumsatz zugrunde so macht der Umfang des Welthandels nur 95 Prozent des Umfanges vom Jahre 1913 aus. Im Welthandel selbst nimmt Europa die hervorragende Stelle ein. Es lautet im Jahre 1923 seine Ausfuhr um 2,8 Prozent steigend. Allerdings erfuhr die Einfuhr eine Steigerung von 11 Prozent. Für Afrika steigerte sich sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr um je 0,1 Prozent, für Asien die Einfuhr um 0,4 und die Ausfuhr um 1,5 Prozent. Bei Australien wird eine Steigerung der Einfuhr um 0,1 Prozent und eine gleichbleibende Ausfuhr festgehalten. Im gänzlichsten steht Amerika, das im Jahre 1924 gegenüber dem Vorjahre keine Einfuhr um 0,9 Prozent senkte und die Ausfuhr um 3,1 Prozent steigerte.

Im Welthandel spielte im Jahre 1924 Deutschland mit der Einfuhr seiner Rentenmark eine besondere Rolle. Infolge dessen nahm sein Anteil am Außenhandelsumsatz im Jahre 1924 gegenüber 1923 überall zu. Er steigerte sich bei Europa von 9,9 Prozent auf 11 Prozent, bei Afrika von 4,6 auf 5,5 Prozent, bei Asien von 3,8 auf 4,8 Prozent, bei Amerika von 5,8 auf 6,6 Prozent und bei Australien von 1,5 auf 1,9 Prozent. Dabei ist aber festzustellen, daß Deutschland in erster Linie als Ausfuhrmarkt an Bedeutung zugenommen hat, während die Ausfuhr Deutschlands zwar auch gestiegen, aber die Zunahme nicht stärker ist als die des Welthandels. Der Anteil Deutschlands an der Einfuhr der Länder aus Deutschland ist mit 8 Prozent im Jahre 1924 dem Stand von 1923 gleich geblieben. Dagegen hat Deutschland die Ausfuhr der anderen Staaten sehr befristet. Deutschlands Anteil an der Ausfuhr der Erdteile gegenüber 1923 im Jahre 1924 ist bei Europa von 8,7 auf 11,8 Prozent, bei Afrika von 3,8 auf 5,5 Prozent, bei Asien von 3 auf 4,8 Prozent, bei Amerika von 6,1 auf 7,8 Prozent und bei Australien von 2,7 auf 2,9 Prozent gestiegen. Die Zahlen ergeben die gewaltige Bedeutung des deutschen Marktes für den Außenhandel.

Kein Fortschritt

der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen. Die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen sind nach nicht über die Vorberathungen auf beiden Seiten hinausgediehen. Die Mitglieder der schwedischen Kommissionsmitglieder sind ernannt worden und haben die Verhandlungen mit dem schwedischen Wirtschaftsministerium aufgenommen. Ein Zeitpunkt ist weder von deutscher, noch von schwedischer Seite ins Auge gefaßt.

Zu dem deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Die Madrider Presse verbreitet ein amtliches Communiqué folgenden Inhaltes: Es ist hier nichts davon bekannt, daß die deutsche Regierung eine Entschädigung bezüglich der Regelung der Handelsbeziehungen mit Spanien gefordert hat. Das spanische Jolkomité sieht sich infolgedessen gezwungen, am 19. Oktober die autonomen Zolltarife auf sämtliche Importe deutscher Waren anzuwenden. Die britischen Firmen, die deutsche Waren führen, haben dies bei den Zollbehörden noch Spanien im England zu beantragen.

Neue Bestimmungen für die Spartisten.

Der preussische Minister des Innern erklärt auf Grund des Gesetzes über die Aufhebung von Spartakusbänden in Inhaberspapieren vom 23. Dezember 1912 neue Bestimmungen, in der Spartakisten, die unter das genannte Gesetz fallen, wenn die Einkommensgrenze 5 Millionen Mark nicht übersteigt, 15 v. H. und wenn ihr Einkommen 10 Millionen Mark nicht übersteigt, 20 v. H. von ihrem jährlichen angelegten Vermögen in minderbekanntem Schuldverhältnissen auf den Jahresanfang anzuwenden haben.

Die Befristung der Spartakisten für das Jahr 1925 wird auf ein Viertel der vorstehenden Fälle eingeschränkt mit Rücksicht darauf, daß vornehmlich diejenigen Angelegenheiten bis dahin von den Spartakisten auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage und der Schwäche ihres Vermögens noch nicht erledigt werden konnten. — In dem verhängnisvollen Verbrechen der Spartakisten wurden die Spartakisten nach jeder Art ohne Rücksicht abzuwenden. Das im Jahre 1924 die reformlose Bedeutung der Spartakisten zu gewährleisten, haben die Spartakisten vom Beginn des Jahres an fortlaufend entsprechend ihrem Einkommensverhältnis

Wahrung der vorgezeichneten Beschränkung an mündelbaren Inhaberspapieren zu beantragen. Eine Kontrolle durch Erweiterung der Monatsbilanzen behält sich der Minister vorbehalten.

Die Preussische Staatsbank (Seehandlung), von der die preussischen Sparkassen zu einem zuzahlenden Privatbankausleihung nicht unerheblich überzähligen Zinsfuß abgezogen werden, hat sich bereit erklärt, diese Sparkassenleistungen zu den jeweils geltenden Sätzen der Reichsbank zu rekonstruieren oder zu lombardieren.

Ausbehnung in der russischen Textilindustrie. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort von den in Frage kommenden Stellen ein Projekt, das den Bau von elf neuen Textilfabriken vorsieht, beauftragt worden. Die Fabrikbauten sollen bis 1927 fertiggestellt werden.

Am 1. August Industrie- und Handels-Minister der Provinz Niederschlesien, so beteiligt sich das unter Mitarbeit der niederschlesischen Industrie- und Handelskammern von Verlage August Scherl, Deutsche Industrie- und Handelskammern in der Provinz, Straßburg 41/43, herausgegebene Spezial-Nachschlagewerk. Dieses durchaus für den praktischen Gebrauch bearbeitete Nachschlagewerk dokumentiert so recht das unermüdliche Streben des niederschlesischen Kaufmanns. Trotz der schwankenden Wirtschaftslage haben die Industrie- und Handelskammern Mühe und Kosten nicht gescheut, den Firmen im Bereich des niederschlesischen Wirtschaftsgebietes ein wertvolles Arbeitsinstrument und Nachschlagewerk in die Hand zu geben und damit zugleich eine Propagandamöglichkeit im Sinne der ostpreussischen Handelsinteressen für das weitere In- und Ausland zu schaffen. Die Herausgabe eines derartigen Werkes war schon seit langer Zeit geplant. Kriegs- und Inflationszeit fanden jedoch bisher der Ausführung des Gedankens hemmend im Wege. Gewissenhaft durchdacht und sorgfältig zur Ausführung gebracht, führt das „Am 1. August Industrie- und Handels-Minister für die Provinz Niederschlesien“ alle handelsgerichtliche eingetragenen Industrie- und Gewerkschaften Niederschlesiens ohne Rücksicht auf ihre spezielle wirtschaftliche Einstellung auf. Das dem Wert angelegte Branchenverzeichnis bietet zahlreiche Fingerzeige zur Anschauung neuer Geschäftsbeziehungen. Ganz besondere Beachtung verdient außerdem der Besondere Teil des Buches, der Auskunft über die Rechtsverhältnisse und Staats- und Provinzialbehörden, sowie wirtschaftlichen Verbänden, soweit sie ganz Niederschlesien und das Reich umfassen, bringt. Er ist aufkommensgemäß unter Berücksichtigung des Hauptbuchwortes und des sachlichen Inhaltes. Der Angelegenheiten von Handel, Gewerbe und Industrie ist ein besonderes Kapitel gewidmet, dabei fanden die niederschlesischen Interessensvertretungen der Kaufmannschaft ganz besondere Berücksichtigung. Im Gebrauch bei über 400 deutschen Handelskammern, sowie den Nachrichtenstellen des Auswärtigen Amtes, zahlreichen Reichs- und landwirtschaftlichen Behörden und bei allen deutschen Konsulaten im In- und Ausland, wird es zum Mittler der heimischen Industrie- und Gewerbeinteressen. — Das „Am 1. August Industrie- und Handels-Minister“ ist eine Propaganda der Tat! — Allen Behörden und Wirtschaftsbetrieben kann seine Anschaffung nur empfohlen werden.

Genossenschaftswesen.

Steuerpolitik gegen Konsumvereine.

Die Dresdner Steuerbehörden haben es fertiggebracht, den Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, zur Gewerbesteuer heranzuziehen, obwohl das sächsische Gewerbesteuergesetz ausdrücklich Konsumgenossenschaften und andere gleichartige Genossenschaften von der Gewerbesteuer befreit wissen will. Das Dresdner Finanzamt fordert trotzdem die Steuer vom „Vorwärts“, weil es in diesem Verein, der etwa 75 000 Mitglieder zählt, es um ein einmal vorkommendes sein soll, daß auch die Mitglieder in der Warenabgabe Waren erhalten. Nachkommen, welche gegenüber dem abgaben Steuerverlangen, daß der Vorstand des Vereins alles mögliche getan habe, um die Abgabe von Waren an Nichtmitglieder zu verhindern. Demgegenüber erklärte die Steuerbehörde in einer ebenso langen wie „originellen“ Begründung der Steuerpflicht, daß es manches in dieser Hinsicht gäbe, was die Vereinstagung noch nicht eingeführt habe. Zum Beispiel scheie noch nicht ein Vertreter am Eingang eines jeden Konsumvereins zu stehen, der die Eintretenden in bezug auf ihre Mitgliedschaft kontrolliere. Nach Mitgliedern seien noch nicht in die Mitgliedslisten gefaßt, die die Identität des Inhabers klipp und klar erweisen. Mit demotivierenden, vom praktischen Leben weit entfernten Argumentationen suchte man eine Maßregel zu rechtfertigen, die sonst allerorts gewiß nur Kopfstöße hervorzurufen kann.

Man konnte glauben, daß mit dieser Art von Sucht, die Konsumvereine auf jeden Fall mit Steuern zu bestrafen, eine Höchstleistung erreicht sei. Doch das war ein Trugbild. Die Dresdner Steuerbehörde hat sich mit einer neueren gleichartigen Maßnahme selbst übertrumpft! Nachdem die Aktion mit der Gewerbesteuer gegen den „Vorwärts“ wenigstens vorläufig gestoppt ist, wuchs dem Dresdner Steueramt offenbar der Appetit bei dem Essen. Denn nunmehr meldet er auch Ansprüche wegen Zahlung von Körperschaftsteuer beim Konsumverein „Vorwärts“ an! Auch hier trotz einer solchen Verlangen stellt entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes!

Die Forderung nach Körperschaftsteuer ist aber auch noch aus einem anderen, als dem im Gesetz liegenden Grunde jetzt ganz unmöglich. Auf dem Gebiet des Wohnungsbaus befindet sich noch die Zwangsbesitzverteilung. Der Hausbesitzer kann nicht mehr belieben die Wohnungsinhaber hindern und herausziehen. Da müssen ganz bestimmte und schwebende Gründe — das Gesetz kennt deren nur einige wenige — vorliegen. In diesen Gründen zählt nicht der, daß die Bewohner eines Hauses, das dem Konsumverein gehört, Mitglieder dieses Vereins sein müssen. Die Dresdner Steuerbehörde fordert also vom Konsumverein „Vorwärts“ etwas, was er gar nicht erfüllen kann. So stellt sich diese neue Steuermaßregel gegen den Konsumverein „Vorwärts“ nicht nur als eine überzählige und willkürliche, sondern auch höchst widersinnige heraus. Es bleibt keine andere Annahme übrig als die, daß hier Konsumvereinsfeinde am Werke sind, die in der Steuerbehörde willige Ohren finden. Wenn die Behörde auf der Suche nach Steuern anderen Steuerpflichtigen gegenüber nur halb so viel Schwärze aufzuwenden würde, wie sie dem Konsumverein zuteil werden läßt, dann würde das sicher lohnender und nützlicher sein.

Der Zentralverband Tischgenossenschaftlicher Genossenschaften im Jahre 1924.

Der Zentralverband tischgenossenschaftlicher Genossenschaften umfaßt 1924 1289 Genossenschaften, darunter 868 Konsumvereine, 247 Produktionsgenossenschaften, 194 Wohnungsgenossenschaften, 290 Baugenossenschaften, 18 Kreditgenossenschaften und 280 landwirtschaftliche Genossenschaften. Von diesen Genossenschaften haben bloß 652 statutarische Nachweisungen geliefert, was denen sich ergibt, daß die Gesamtzahl der Mitglieder 487 223 betrug, daß 9620 Angehörige beschäftigt sind und daß der Gesamtumsatz 1 041 696 271 Kronen ausmachte. Davon sind die Konsumvereine mit 246 069 397 Kronen beteiligt, die Produktionsgenossenschaften mit 176 467 688 Kronen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit 11 130 768 Kronen. Die 283 bestehenden Konsumvereine hatten 432 424 Mitglieder und 1898 Betriebsstätten. Der Gesamtumsatz übertraf mit 87 406 006 Kronen den im Vorjahre um 20 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten betrug im Jahre 1924 20 000 Personen, was im Vergleich mit dem Jahre 1923 eine geringe Vermehrung von 8912 Angehörigen zeigt. Die Gesamtheit der Zahl der Beschäftigten im Jahre 1924 für die tischgenossenschaftliche Konsumvereinsbewegung betrug 20 000.

Am 22. Oktober, gegen Morgen verstarb

Herr Adolf Kinast

Werkmeister unserer Abteilung Sattlerei

im Alter von 60 Jahren.

In unermüdlicher Tätigkeit hat derselbe über 37 Jahre unserer Sattlerei vorgestanden und dieselbe mit Fleiß und Umsicht geleitet. Wir verlieren an ihm einen treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Breslau, den 22. Oktober 1925.

Fritz und Georg Wilding

Inhaber der Firma C. Paul Wilding
Karosseriebau.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Bergingenossen Deutschlands.

Am Mittwoch, den 21. Oktober, verstarb die
Ehefrau unseres Kollegen
Frau Frieda Gottschling, geb. Berger
im Alter von 31 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahnklinik Breslau.
Beerdigung Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der
Leichenhalle St. Paulus in Cosel aus.
Zahlreiche Beteiligung der Kollegen erwünscht.
Trauerhaus: Bergstraße.

Wer seinen Gegner schlagen will,
der muß ihn kennen!

Soeben erschienen:
Kampfmeyer:

Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Eine 60 Seiten starke Broschüre, die voll-
kommenen Aufschluß über das Wesen und die
Herkunft der Finanzen des National-
sozialismus gibt.

Preis 60 Pf., auswärts 12 Pf. Porto
Volksbuchhandlung
Breslau, III., Neue Grabenstraße 5.

Unsere Leistungsfähigkeit



Der moderne
Kaufmann
so gut
wie
Schönfeld & Co.

Hauptgeschäft:

Schmiedebrücke 17/18 Ecke Kupfer-
schmiedestr.

2. Geschäft: **Behraer Straße 45.**

3. Geschäft: **Hilfstraße 17.**

4. Geschäft: **Gruppenstraße 12** gegenüber
der Börse.

5. Geschäft: **Schweidnitzer Str. 12** nächst
Misch.

?? Was ist billiger ??

Kind-, Kalb-, Schweine-
oder **Gänsefleisch?**

!! Achtung !!

Ich beginne mit dem **Preis-Abbau** und ver-
mit dem **Freitag, Sonnabend, Montag und Dienstag**

an einem billigen Preise:
Steigbüchel mit Steigbüchel,
von 9-18 Pf. schwer, Pfund nur **1.29** Mk.
Steigbüchel mit Steigbüchel,
von 4-7 Pf. schwer, Pfund nur **1.39** Mk.
Gänsefleisch, 72 Pf. nur **1.10** Mk.
Käse n. Festschmelz, 72 Pf. nur **1.10** Mk.

**Ist Gänsefett billiger als
?? Butter ??**

Fleisch Käse-Gänsefett,
Pfund nur **1.95** Mk.
Fleisch Gänse-Linsen u. Erbsen,
Pfund nur **2.25** Mk.

Ferner empfehle ich:
Schlesische Rostbraten, Pfd. von 6.95 Mk. an
Bamb.-u. Prug. Rostbraten, Pfd. nur 4.99 Mk.
Fleisch u. Nussbraten, Pfd. von 1.95 bis 1.20 Mk.
Schlesische, ungarische, schlesische
Ferkel, Ferkelchen, Kapaun.

Allein **WILL** in den billigen
Mittelpunkten Preisliste!

Herbert Böhm

Herbert Böhm
Herbert Böhm
Herbert Böhm

OPHTE RICH HEINRICH BRESLAU



Brille

oder
Klemmer?

Größte Auswahl
billigste Preise

Richard Heinrich Augen-Optik

Reue Schweidnitzerstr. 44
Ecke Gartenstraße.

Teilweise elegante
**Stadl- u. Hof-
Anzüge**

H. Mohaupt

Reue Schweidnitzerstr. 11
Ecke Gartenstraße.

Sofort Geld!

Pfandleih-Institut
Albrechtstraße 43, I.

Geld auf Pfänder

Scheitniger Straße 42

Maer

oder die besten
Schneiderei
von 17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

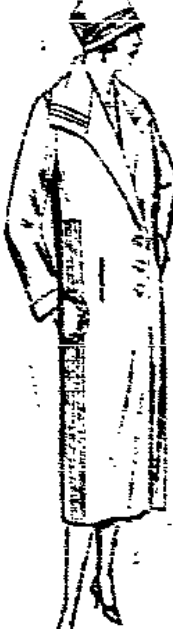
17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

17 Jahren
17 Jahren
17 Jahren

Freitag - Sonnabend

Neue billige

Mäntel u. Kleider



- Rechtlich-Mäntel** aus dunklen Stoffen, gute Verarbeitung,
mit Gürtel und Knopfgarnierung, Kragen mit
Felzbesatz. Stück **10.50** **7.85**
- Flausch-Mäntel** für junge Damen, aus mittelfarbenen
karierten Stoffen, gut verarbeitet, Stück **14.50** **12.75**
- Flausch-Mäntel** für junge Damen, aus guten Flauchsen,
in verschiedenen modernen Verarbeitungen, Stück **24.50** **22.50**
- Damen-Wintermäntel** aus guten Winterstoffen,
mit Gürtel und Knopfgarnierung, Stück **16.50** **13.50**
- Damen-Flauschmäntel** aus guten mittelfarbenen und dunklen
Stoffen, tolle Verarbeitung, mit Biesen garniert,
Stück **29.50** **24.50**
- Elegante Damen-Wintermäntel** aus modernsten Stoffen,
wie Flauch, Mouliné, Affenhaut, Tuch usw.
in neuen aparten Verarbeitungen, mit und ohne
Felzbesatz. Stück **48.-**, **39.-**, **35.-** **28.50**
- Damen-Gummimäntel**, wasserdicht imprägniert,
glatt und gestreift. Stück **24.50** **19.50**

Spottbillige Damen-Kleider

- Schottenkleider** in vielen neuen Farberstellungen, mit
weißen Kragen, Krawatte und Gürtel, auch mit
Kragen Arm. Stück **9.75** **6.95**
- Damenkleider** a. reißwollenen Cheviot, in marinebl.,
mit langen Ärm., schöne Ausführung. Stück **14.50** **9.75**
- Damenkleider** a. pa. reißwoll. Popeline m. anders-
farbigem Kragen, Krawatte und Gürtel. Stück **24.50** **14.50**
- Damenkleider** aus reißwoll. Rips u. Popeline mit
Faltenrock, m. u. ohne Krawatte, Stück **24.50** **19.50**
- Oberhemden** aus hell und dunkelgemusterten
Velours, in allen Größen. Stück **3.95** **3.95**
- Kanaks** aus la Samtvelour, in vielen Mustern und
schönen Streifen. Stück **5.95** **4.95**
- Reizende Tanzkleider**, pa. Waschseide, und
Vaiie, herrliche, gebügelte Muster u. schöne Karos,
sehr hübsch verarbeitet, alle Größen, Stück **10.75** **9.75**
- Damen-Flauch-Morgensätze** aus bestem Wolltrock,
in herrlichen Farberstellungen, Gestirnform
und bestickt. Stück **10.75**, **9.75** **6.95**
- Matinees** aus gutem Samtvelour und Wolltrock in
schönen, besten Farben, Gestirnform m. anders-
farbig. Garnierung, alle Größen, Stück **6.95** **3.95**
- 1 Posten **Damen-Unterkleider**, aus gutem K-
Seidestoff, in viel schön. Farb., Stück **4.95** **3.85**

Spottbillige Kinder-Kleider

- 1 Posten **Velourkleider** in verschiedenen schönen
Mustern, mit absteckender Paspelierung, für
1-3 Jahre, für 1 Jahr. Stück **1.95**
- Jede weitere Größe 20 Pf. mehr.
- 1 Posten **Knabenkleider** aus dunkelbl. und roten
Cheviot m. Knopfgarnierung für 1-2 Jahre durchw.
Mädchen-Velour-Schulkleider aus gutem Velour, dunkle,
praktische Muster, mit langem Arm und Knopf-
garnierung, für 3-14 Jahre, für 5 Jahre Stück **3.95**
- Jede weitere Größe 30 Pf. mehr.
- Mädchenkleider** aus reißwollenen Cheviot, in dunkelblau,
Stark und rot, mit langem Arm, moderne Ver-
arbeitung, für 3-14 Jahre, für 5 Jahre anfangend, Stück **7.50**
- Kindermäntel** aus guten Flauchstoffen, in vielen
Farben, mit Kriemerbord oder Sückerri, für
1-4 Jahre, für 1 Jahr. Stück **5.95**
- Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Herren-Konfektion

- Bouazer Mäntel** aus grünlichen Strichloden,
Raglanärmel. Stück **19.50**
- Bouazer Mäntel** aus grünlichen Strichloden,
Ullentwurf. Stück **17.50**
- Bouazer Westjackets** aus grünlicher, imprägnierter Zell-
balmstoff, mit Seiten- u. Aufreisschen, sowie
Rückengürtel. Stück **13.50** **10.50**
- Bouazer Westjackets**, extra gute Qualität, in
ähnlicher Verarbeitung. Stück **11.50** **9.25**
- 1 Posten **Bouazer-Stiefeln**, engl. gemustert,
gute Verarbeitung. Stück **24.00**
- Bouazer-Stiefeln**, dunkelblau und grün, mit
Nadelstreifen. Stück **29.75**
- Bouazer-Winterjoppen**, aus schwerem, braun und
grünlichen Wollloden. Stück **17.50**

300 gute, billige Hosen

- Herren-Zwilling-Hosen**, aus dunkel gestreiften, vorzüglichen
Stoffen, Paar **9.75** **7.50**
- Herren-Pilothosen**, blau und schwarz gestreift, schwerste Ware,
Paar **8.75**
- Manchester-Zwilling**, prima Zwilling-Qualität,
für Herren Paar **10.50**
- 4 Posten **Herren-Breecheshosen**
- 1. grau Koppelstoff, Paar **6.75**
- 2. modisch, Paar **9.75**
- 3. grau Ka-
rdine, Paar **12.50**
- Southern-Breecheshosen**, gute Zwillingware, Paar **12.50**

1 Posten Knaben-Steifhosen

- in verschiedenen
Ausführungen, Größe 1-6. Größe 1 Stück **6.50**
- Jede weitere Größe 40 Pf. mehr.
- Knaben-Anzüge**, Anzugsform mit Matrosenkragen,
aus grauem Koppelstoff, für 2-4 Jahre,
je nach Größe Stück **9.25**, **9.25**, **9.75** **8.35**
- Knaben-Anzüge**, Anzugsform, Stoffig, für 10-14 Jahre,
aus gute Qualität und beste Verarbeitung,
für 10 Jahre Stück **21.75**
- Jede weitere Größe 75 Pf. mehr.
- Knaben-Pyjamas** aus dunkelblauen Tuchecheviot, gute
Qualität, warm gefüttert, mit Aermelstücken,
für 2-9 Jahre. für 2 Jahre Stück **10.50**
- Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.



Herrenkleider
aus schweren,
grün leinwandigen
Stoffen,
alle Größen.
Stück **7.75**



Herrenkleider
aus schweren,
grün leinwandigen
Stoffen,
alle Größen.
Stück **7.75**



Brautleute wollt Ihr glücklich sein,
kauft Trauringe nur bei Alter ein.

Fugenlose goldene Trauringe

Platin dieser Ringe ausgeschlossen.
Konkurrenzlos billige Preise.
Gravieren gratis. 4617

**Paul Alter, Kupferschmiede-
— Straße 17. —**
Nähe Schmiedebücke, neben Ost-Schulefeld.

Prima Winterartoffeln

u. Sandböden liefert jedes Quantum zu billigsten Tagespreisen
Felix Tief, Gärtnerweg 8, Tel. R. 8174.

Stieblers Röstkaffee

wird tagaus, tagein von Hunderttausenden
genossen, und was Hunderttausende für
gut befinden, wird auch Sie sicher zufrieden
stellen.

Zur Erinnerung an das
40jährige Bestehen
unseres Geschäfts bringen wir eine hochfeine
neue Mischung

Jubiläums-Kaffee

Nr. 40 1/2 kg **4.00** Mk.
Bei Entnahme von 1/2 kg geben wir
eine geschmackvolle Initierte

Milchberdose gratis.
Aus dem gleichen Anlaß bringen wir
eine neue Schmelz-Schokolade in besonderer
Feinheit

Jubel-Schokolade

Entwöhnungsgewiss die 100 g-Tafel. . . 0.30

Stiebler's See

Unsere bevorzugten Mischungen:
Nr. 4 Jährliche Mischung . . . 1/2 kg 5.00
fröhlich, geschmackvoll, sehr ergiebig.
Nr. 6 Trauermischung . . . 1/2 kg 7.20
liebliches Aroma.
Nr. 7 Trauermischung . . . 1/2 kg 8.50
feinster See, eigentlichen Charakters, sehr
würzig.
Kondensmischungen . . . 1/2 kg 3.40, 4.00

Butter u. Fett

Sibirische Meierei-Butter . . . 1/2 kg 2.10
Schleifige Meiereibutter . . . 1/2 = 2.25
Amerik. Schmelzschokolade . . . 1/2 = 0.90
dell. Schokolade . . . 1/2 = 1.25
Niederalt . . . 1/2 = 0.85
Kofosmigkeit, weiß . . . Tafel 1/2 = 0.85

Stiebler's Feinkost

Schweizer-Röhle, prima Qualität . . . 1/2 kg 1.80
Holl. Gouda-Röhle . . . 1/2 = 1.90
Südt. Steppentafel . . . 1/2 = 1.00
Regentafel . . . 1/2 = 0.60
Mittagessen-Gemüsehälter n. Hinde Kart. . . 0.65
Deffert-Röhle . . . Stück 0.25 u. 0.45
Südt. Zerkleinertpa. . . 1/2 kg 1.50
Schmalzwurst pa. . . 1/2 kg 1.50
Züringer Schmalz . . . 1/2 kg 1.10
Leberwurst . . . 1/2 = 1.10
granulierter Milchsch . . . Paar 0.65
frische Melzwurst, jeden Dienstag . . . 1/2 kg 0.80
Baconfile er, täglich . . . Paar 0.25
Edelkäse mit Schmelzschokolade Doze 1 kg 0.65
Schmelzschokolade Doze 3 1/2 kg 2.95
Amerik. Kaugummi, gefolgt . . . Doze 550 g 1.10
Berling: in Gelbe . . . Doze 1/2 1 4 Str.
0.70 1.90 3.50

Deftlich-Brühlinge

Doze 1 2 4 8 Str.
0.90 1.60 2.75 5.00
Brühlinge in Remoulade . . . Doze 1.20
Büchse, geräuchert . . . 1/2 kg 0.50
Büchse, geräuchert . . . Bund 0.90 u. 1.20

Unsere reichlichen Vorräte ermöglichen es uns,
die alten Preise noch einige Zeit einzuhalten.
Bestand noch auswärts.
Unsere neueste Preisliste ist erschienen und
bietet eine reiche Auswahl aller Lebensmittel.
Bis auf geringe Ausnahmen frachtfreie
Lieferung. Verpackung wird nicht berechnet.
Denken Sie schon jetzt an die Versorgung
Ihres Winterbedarfes.

Breslauer Kaffee-Rösterei

Otto Stiebler

Breslau, Zwingerplatz 5, u. 28 Filialen.
Größtes Import- u. Verlan-
dhaus im Osten Deutschlands. 1045

Druderei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und laubere
Ausführung aller Drudereien
preiswert und bei kürzester Fristzeit
Breslau 2, Fürststraße 4/6.

